

# Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i. der Expedition abgegeben werden.

Nr. 90.

Freitag, den 18. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

## Der Streik in Brüssel.

Brüssel, 15. April.

Der Ausenthalt in Brüssel ist in den ersten Tagen des Generalfstreiks für den Kriegskorrespondenten geboten, weil man hier durch die beim nationalen Streikkomitee einkaufenden Nachrichten aus der Provinz am schnellsten und vollständigsten über den Umfang und die wichtigsten Vorkommnisse des Kampfes informiert wird. Die Schattenseite der Medaille ist jedoch, daß man in dieser Stadt, die von allen Großstädten Europas vielleicht den geringsten Prozentsatz von Industriearbeitern aufweist, von der Bewegung verhältnismäßig wenig sieht. Nicht in dieser Luxusstadt par excellence, wo sehr viel konsumiert und sehr wenig produziert wird, sondern in den riesigen Industriebezirken der wallonischen Provinzen Hennegau und Lüttich, in den Fabriksstädten wie Gent und Verdiers, im Antwerpener Hafen wird die große Schlacht geliefert. Um eine unmittelbare Anschauung der Situation zu gewinnen, muß man dort hinfahren. Morgen werde ich denn auch eine mehrtägige Tour durch die Hauptgebiete des Kampfes antreten. Ich wollte jedoch Brüssel nicht verlassen, ohne mir zunächst das anzuschauen, was hier vom Streik zu sehen ist. Eine Rundfahrt im Auto durch die Arbeitervororte Groß-Brüssels, die ich heute zusammen mit dem Lokalredakteur des „Peuple“ unternahm, bot mir dazu Gelegenheit.

Der Brüsseler Spießer, der den Räubergeheimnissen, die die hier lokale Presse von dem Anfang des Streiks über dessen furchtbaren, gewalttätigen Charakter systematisch verbreitete, Glauben geschenkt und sich für eine Belagerung aprovisioniert und bewaffnet hatte, war ganz erstaunt, als er am Montag konstatierte, daß er zur gewohnten Stunde seinen Morgenkaffee mit frischen Brötchen genießen und mit der Straßenbahn durch die kaum weniger als sonst belebten Straßen nach seinem Geschäft fahren konnte. Das mag ihn — im Verein mit der Lektüre der hier lokalen Presse, die mit der ihr eigentümlichen Unvorsichtigkeit von einem „mißlungenen Generalfstreik“ redet — zu dem gegenteiligen, aber nicht weniger irrigen Glauben verleitet haben, es sei eigentlich viel Lärm um nichts gewesen, weil er vom Streik nichts oder mindestens viel weniger als er erwartet hatte, sah.

Und doch hätte er, um den Streik mit eigenen Augen zu sehen, nicht einmal zum Borinage oder nach Lüttich fahren sollen; schon ein halbständiger Spaziergang durch ein Arbeiterviertel hätte ihn belehrt, daß es keine leere Drohung war, als die Arbeiterpartei den Streik aller Industriearbeiter vorbereitete, und daß die Brüsseler Industriearbeiter ebenso der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, wie die wallonischen Bergarbeiter oder die Gentur Weber.

Es gibt in Groß-Brüssel überhaupt nur zwei oder drei größere Fabriken, und zwar solche, die ausschließlich ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, wo noch gearbeitet wird. In allen übrigen — meist Maschinenfabriken, Druckereien und Automobilfabriken — wird gestreikt. Nur hier und da wurde am heutigen Dienstag noch mit einem ganz geringen Teil des Personals weiter gearbeitet. Die meisten bestreikten Betriebe sind überhaupt geschlossen worden. Und wenn man im Zentrum der Stadt so wenig streikende Arbeiter bemerkt, so einfach deswegen, weil sie der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, die innere Stadt möglichst zu meiden, damit den Gendarmen und Polizisten, die dort die Hauptgebäude „verteidigen“, keine Gelegenheit zu „Aktionen“ gegeben wird. Die Leute sind entweder zu Hause — wer ein Gärtchen hat, ist dort mit dem Spaten oder der Sichel beschäftigt; manch anderer benutzte die Gelegenheit, hier eine Tür frisch anzustreichen, dort sich in der für Laten schwierigen Kunst des Tapetenklebens zu üben — oder sie benutzten das schöne Frühlingswetter, das auf die schweren Schneefürne vom Sonntag gefolgt ist, zu einem Spaziergang in die Umgebung. Die einzige Unterbrechung war bis jetzt der Besuch des Streikkontrolllokals und in einigen Berufen auch ein paar Stunden Streikpostenstellen. Mit den Veranstaltungen des Bildungsausschusses, Vorträge, Konzerte, Ausflüge, Spiele usw., wird erst am morgigen Mittwoch angefangen, wenn jedermann seine Streikkarte haben wird.

Jeder Streikende bekommt seine Kontrollkarte und soll diese in dazu besonders bestimmten Lokalen täglich abgeben lassen. Solcher Lokale gibt es in Groß-Brüssel 141, die meist in Wirtschaften der Vororte eingerichtet sind. Bei dieser Gelegenheit ist darauf geachtet worden, daß in keinerlei Form Trinkzwang ausgeübt wird. Die Streikenden können sich von 9 Uhr bis mittags zur Kontrolle anmelden, und zwar in dem Lokal,

in dem sie ihre Karte ausgestellt erhalten haben. Die Verteilung der Lokale ist nicht nach Berufen, sondern nach Stadtvierteln vorgenommen worden. Die von den Kontrollleuten ausgefüllten Formulare werden nachmittags den verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten übermittelt.

In den meisten Kontrolllokalen, die ich heute besuchte, sah eine Anzahl Streikende herum, ohne etwas zu trinken. Hier werden Zeitungen gelesen, dort wird Stat gespielt, etwas weiter spielt ein mehr oder weniger musikalisch talentierter Streikender seinen Genossen auf dem Klavier Lieder vor, die von den anderen im Chor mitgesungen werden.

In den fünf Zirkeln, die das Brüsseler Volkshaus in den Vororten hat, ist dieselbe strenge Streikordnung durchgeführt, wie in dem Hauptlokal: am Eingang warnt die zweisprachige Zusperrkarte: „Local privé — Privatlokal“ diejenigen, die dort nichts zu suchen haben, daß sie nur dann hereingelassen werden, wenn sie den vor der Tür postierten Ordnern ihre Streikkarte oder ihre Mitgliedskarte von der Partei vorzeigen können. Punkt 6 Uhr abends geht eine Klingel, drei Minuten später sind alle Besucher draußen, auf dem Heimwege. In dem Volkshaus von Brüssel-Stadt, dem schönen Arbeiterpalast der Rue Joseph Stevens, ist der Teil des Gebäudes, in dem die Sekretariate der Organisationen untergebracht sind, auch den Streikenden und Parteimitgliedern veriperrt; hier werden nur die Genossen hereingelassen, die eine besondere rote, mit ihrem Bild versehen Legitimationskarte mit sich führen, die nur denen ausgestellt wird, die mit irgend einer besonderen Funktion beauftragt worden sind. Auf diese Weise wird der Andrang der Neugierigen und der — Unbefugten sehr wirksam zurückgehalten. Nur das Café, die Lesehalle und die Bibliothek sind den Streikenden allgemein zugänglich. Im Café werden nur alkoholfreie Getränke verkauft — auch für die besteht hier kein Trinkzwang — und mittags kann man da für 10 Centime einen riesigen Teller Suppe mit Brot bekommen.

Noch billiger ist die Suppe, die man in den „kommunistischen Küchen“ bekommt, die in 25 Lokalen der Arbeiterviertel eingerichtet worden sind. Hier wird nämlich jeder mit seiner Kontrollkarte versehene Streikende unentgeltlich bedient, und wer sich Suppe für seinen Haushalt holt oder holen läßt, bezahlt dafür 10 Centimes pro Liter. Diese Küchen sind meist in großen Schuppen untergebracht. Ich besuchte sogar eine im Vorort Anderlecht, für die ein reicher, aber arbeiterfreundlicher Billenbesitzer ein großes Nebengebäude in seinem Park zur Verfügung gestellt hat, mit dem Gelde für eine tüchtige Portion Fleisch als tägliche Zugabe. — In großen Kesseln — ähnlich denen, die beim Militär gebraucht werden — wird dort von Streikenden und ihren Frauen die Suppe gekocht. Um 12 stehen meist schon Liebhaber da, die warten, bis die Kocherei ganz fertig ist, um ihren Teil zu verlangen, und vor 1 sind die Kessel ziemlich alle leer. . . . Kein Wunder, denn ich habe selten so schmackhafte Suppe gegessen, wie die, die ich in den verschiedenen Küchen, die ich heute gegen die Mittagszeit besuchte, zu kosten bekam. Ich gestehe sogar, daß ich es nicht gewagt hätte, um nicht für einen Mißbrauch zu gelten, in einer einzigen Küche nur halb so viel Suppe zu essen, wie die, die ich in den 5 oder 6 insgesamt besuchten Küchen unter dem fadenhellen Vorwand der Reportage an die Zeitung „zusammengekostet“ habe. Beim Militär sind die Küchenlokale auch lange nicht so hell und freundlich, und das Küchenpersonal lange nicht so liebenswürdig, wie die braven, in tadellos weißen Schürzen gekleideten Genossen und Genossinnen, deren Augen vor Freude strahlen, wenn man ihnen mit sachverständiger Miene das wohlverdiente Lob erteilt, daß ihre Suppe ausgezeichnet schmeckt. Der Andrang der „Rundschau“ sollte ihnen denn auch keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Meinung allgemein geteilt wird.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die großen Schweiger.

Mittwoch wurde der Etat des Reichskanzlers in nicht einmal einer Sitzung erledigt, gestern wollten die Rechte und das Zentrum dem Kriegsminister die gleiche Wohlthat erweisen. In beiden Tagen bemühten sie sich, die Debatte nach Möglichkeit einzuschränken. Man begreift eigentlich gerade jetzt diese übermäßige Eile nicht. Wenigstens liegt keine erdrückende Fülle von Beratungsmaterial vor, und es wird doch wohl auch nicht bestritten werden, daß die Öffentlichkeit ein sehr erhebliches Interesse an der gründlichen Erörterung der ungemein wichtigen Angelegenheiten hat, die in das Ressort des Herrn v. Heeringen fallen, oder gar zur allgemeinen

Politik des Reichskanzlers gehören. Nicht einmal der Einwand kann geltend gemacht werden, daß die allgemeine Debatte über die Heeres- und die Deckungsvorlagen die ganzen Gebiete erschöpft habe. Daß noch äußerst viel und äußerst wertvolles zu sagen ist, dafür haben die beiden letzten Tage an sich schon den vollen Beweis erbracht. Es bleibt also wirklich nur die Vermutung übrig, daß die reaktionären Parteien mit der größten Bereitwilligkeit die parlamentarische Behandlung erschweren, wenn nicht gar verhindern wollen, um so rascher zu einer endgültigen Erledigung der Rüstungsvorlagen zu gelangen.

Der Beginn der gestrigen Sitzung gab zu erregten Auseinandersetzungen über die Prüfung von zwei bedenklichen konservativen Mandaten Anlaß. Die Kommission hatte über die Wahl des konservativen Herrn Nietmeyer Beweiserhebungen beantragt und die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn v. Kröcher vorgeschlagen. Graf Westarp vereinbarte mit seinen Reden über die Unparteilichkeit der Wahlprüfung einen Antrag auf Abhebung gerade dieser, seine Partei berührenden Wahlen von der Tagesordnung. Dieser Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt und nach eingehender Debatte wurde dann entgegen dem Vorschlag der Kommission die Wahl des Herrn Nietmeyer für ungültig erklärt, wie die Freisinnigen es verlangt hatten. Während bei dieser Wahl die Mehrheit nur verhältnismäßig schwach war, blieben die Konservativen als es sich um Herrn v. Kröcher handelte, fast allein. Nur ihre nächsten Nachbarn und ein kleiner Teil des Zentrums suchte ihnen zu helfen. So fiel auch Herr v. Kröcher als das zweite konservative Opfer einer Wahlprüfungsmethode, die den ostelbischen Wahlgewohnheiten erfreulicherweise zu Leibe rückt.

Dann begannen die Beratungen des Etats des Kriegsministers. Genosse Schöpflin führte in einer ausgezeichnet dokumentierten Rede den Nachweis, daß fast in jeder Frage und fast auf allen Gebieten die Militärverwaltung gegenüber den Wünschen der Volksvertretung nach selbstverständlichen Reformen in der Heeresorganisation die eigenjüngste Obstruktion treibt. Die Stellung zur Duellfrage, die Ablehnung von jüdischen Kandidaten und von den Söhnen kleiner Handwerker, die sich um die Wahl zu Reserveoffizieren bewerben, ist allerdings ein Zeichen dafür, wie sehr sich das Offizierkorps im Gegensatz zu Recht und Verfassung nur aus einer bestimmten sozialen Schicht zu rekrutieren versucht. Nur so ist es auch möglich, daß die Offiziere der deutschen Armee bei Kontrollversammlungen die einberufenen Mannschaften in unerhörter Weise behandeln. Nur so ist es auch begreiflich, daß die Militärverwaltung selbst in der Frage des Militärboykotts keine vernünftigeren Anschauung annehmen will, und schließlich mag hierin auch eine der wichtigsten Gründe für die häufigen Soldatenmißhandlungen liegen. Der fortgeschrittliche Redner, Herr Ablaß, beklagte die Mißhandlungen und verwarf den Militärboykott. Der Kriegsminister dagegen machte keine anderen als die schon früher gehörten Redensarten, wenn er auch gerade gegen die Soldatenmißhandlungen vielleicht eine etwas schärfere Tonart anschlug. Charakteristisch für seine Auffassung parlamentarischer Kritik ist die Beschwerde, daß diese Auseinandersetzungen im Reichstag überhaupt stattfinden! Die Rechte wollte heute unbedingt Schluß machen, aber ein sozialdemokratischer Beratungsantrag wurde angenommen.

Zu Beginn der Sitzung war der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des Proporz bei den Reichstagswahlen mit 140 gegen 139 Stimmen abgelehnt worden. Die reaktionären Parteien verdanken ihren großen Erfolg nur der Tatsache, daß die Abstimmung gleich zu Anfang der Sitzung stattfand.

Der Militäretat in der Budgetkommission des Reichstages.

Die Forderung, an die Spitze von weiteren fünf Bezirkskommandos statt eines Stabsoffiziers einen Obersten zu stellen, führte in der Mittwochssitzung zu einer lebhaften Aussprache über die Tätigkeit der Bezirkskommandeure und der Bezirksoffiziere, wobei abermals die ungehörige Behandlung der Mannschaften bei den Kontrollversammlungen, wie auch die Gefinnungsähnlichkeit scharf gerügt wurde. Weiter wurde beantragt, daß diesen Offizieren auch noch Burschen gestellt werden, deren sie gar nicht bedürfen. Die Forderung wurde abgelehnt. Gewünscht wurde auch, daß jährlich nur eine Kontrollversammlung stattfinden soll. — Der sozialdemokratische Antrag, das reitende Feldjägerkorps zu beseitigen, wurde abgelehnt, ebenso der weitere sozialdemokratische Antrag, die besondere Zulage für die Offiziere des 1. Garderegiments zu Fuß und der Garde du Corps im Gesamtbetrag von 78 242 Mark zu streichen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß auch das Zentrum, das vor Wochen mit homöopathischen Worten

ein Sparprogramm veröffentlicht hat, gegen den so-  
zialdemokratischen Antrag stimmte!

Genosse Liebknecht brachte dann schwere Miß-  
stände im Lieferungsweesen für die Truppen zur Sprache.  
Unlautere Manipulationen seien ebenso gang und gäbe,  
wie das Schmiergeldweesen. Viele Geschäftsleute wol-  
len deshalb nicht mehr für die Truppen liefern, weil  
nach ihrer Angabe mit lauterem Mitteln nichts zu  
machen sei. Es wird behauptet, ohne mit dem Komet  
das Gefängnis zu streifen, könne man keine Militär-  
Lieferungen ausführen. Es müsse anerkannt werden, daß  
sich die Verwaltung alle Mühe gibt, dem Unwesen zu  
steuern, was aber nur durch Anwendung der schärfsten  
Maßregeln gelingen werde. Weiter forderte Genosse  
Liebknecht einen Austausch über den Fall Arnold in  
Spandau. — Der Kriegsminister bestritt auf  
Grund der ihm gewordenen Informationen, daß gegen  
Arnold militärischer Vorstoß angewendet worden ist; die  
übri gen Maßregeln schweben aus Gründen der Diszi-  
plin. Der Minister glaubte, energisch dagegen Ver-  
wahrung einlegen zu müssen, daß die Ehrlichkeit der Be-  
amten in Zweifel gezogen werde. Zugugeben sei, daß  
Versuche, auf unlautere Weise Militärlieferungen zu  
erhalten, gemacht worden. Ein Lieferant, der dabei er-  
wischt werde, erhalte in der gesamten Armee keine Liefe-  
rungen mehr.

Für die Kavalleriepferde soll die Raufutterration  
um täglich 1 Kilo heraufgesetzt werden. Die Kommission  
stimmt zu und beiprachte im Anschluß daran die Rege-  
lung der Rationen für die Offizierspferde.

### Die Angst vor dem Generalstreik.

Der belgische Generalstreik ist dem Freiherrn Okta-  
vio v. Zedlitz und Neukirch wie gewiß manchem  
seiner konservativen Gesinnungsgenossen arg in die Gli-  
eder gefahren. In der „Post“ macht er seinem bedrängten  
Herzen Luft. Zunächst liest der konservative Freiherr  
dem nationalliberalen Dr. Friedberg ein Privatstimium  
wegen dessen Verlangen, die Regierung möge das in der  
Thronrede von 1908 gegebene Versprechen, das preußische  
Wahlrecht zu reformieren, einlösen. von Zedlitz spricht  
Dr. Friedberg das Recht ab, ein solches Verlangen zu stellen,  
solange in der nationalliberalen Partei so tiefegehende  
Meinungsverschiedenheiten über das preußische Wahl-  
recht vorhanden sind, wie solche auf dem hannoverschen  
Parteitage zutage traten. Dann wendet sich Okta-  
vio v. Zedlitz mit Nachdruck an die Fortschrittler. Er ver-  
sucht, diese zunächst mit der Sozialdemokratie grüßlich  
zu machen: „... Nach den Ergebnissen der letzten  
Reichstagswahlen würden in Preußen bei Einführung  
des Reichstagswahlrechts auch bei der jetzigen Wahl-  
reizeinteilung ungefähr 50 Sozialdemokraten in das  
Abgeordnetenhaus einzziehen. Die Zahl würde sich aber  
sehr beträchtlich vermehren, wenn zugleich die an-  
dere Forderung der Fortschrittlichen Volkspartei erfüllt  
und eine Vereinheitlichung der Wahlkreise nach dem gegen-  
wärtigen Stande der Bevölkerung durchgeführt würde.  
Wenn jetzt auf einmal die Zahl der Sozialdemokraten  
im Abgeordnetenhaus auf weit über 100 hinaufschnellen  
würde, so müßte das naturgemäß den Glauben an die  
legende Kraft der Sozialdemokratie in den Arbeiter-  
massen in ganz ungewöhnlichem Maße verärfen und  
demzufolge auch die Anziehungskraft der Sozialdemo-  
kraten auf diese Massen ...“

Der Kern der Ausführungen des edlen Freiherrn  
ist der Hinweis auf den Generalstreik in Belgien, der  
die nötige Wirkung auf die Fortschrittler ausüben soll:  
„... In Belgien versuchen die Sozialdemokraten eben-  
falls die moderne Form der Revolution, den Generalaus-  
stand, um gewaltiam ihre Wahlrechtsforderungen zu er-  
zwingen. In früheren Sessionen hat der Abg. Dr. Liebk-  
necht von der Tribüne des Abgeordnetenhauses offen  
mit dem Generalstreik gedroht, für den Fall, daß der  
sozialdemokratische Forderung auf Einführung des  
Reichstagswahlrechts nicht genügt würde. Es unter-  
liegt daher für alle diejenigen, welche nicht Vogel-  
Strauß-Politik treiben wollen, keinem Zweifel, daß  
auch die preußische Sozialdemokratie vor dem revolutionä-  
ren Gewaltmittel zur Eringung des Reichstags-  
wahlrechts nicht zurückschrecken wird, sofern sie erst die  
Ueberzeugung gewonnen hat, daß ein solcher mit Aus-  
sicht auf Erfolg injeniert und durchgeführt werden kann.  
Daß, wenn in Belgien die Sozialdemokratie durch den  
Generalausstand den Sieg erringen sollte, damit die Ge-  
fahr eines solchen Vorgehens in Preußen erheblich  
übergerückt werden würde, bedarf der näheren Dar-  
legung nicht ...“

Doch damit nicht genug. Die Hauptsache kommt noch.  
Die Schatzkammer: „... Staat und bürgerliche Ge-  
sellschaft werden sich daher rechtzeitig auf die Abwehr  
solcher revolutionären Maßnahmen der Sozialdemo-  
kraten rühen müssen und es fragt sich zunächst, ob dem  
Staat die nötige Volksmacht zu einer nachdrücklichen  
Zurückweisung solcher revolutionären Bestrebungen nach  
Lage unserer jetzigen Gesetzgebung beizubringen. Diese  
Frage wird man, namentlich was das Strafrecht an-  
langt, leider in der Hauptsache verneinen müssen, und es  
wird daher die Pflicht der Reichsregierung wie der  
preußischen Regierung sein, dafür rechtzeitig zu sorgen,  
daß Staat und Staat mit denjenigen Machtmitteln aus-  
gerüstet sind, welche zur erfolgreichen Abwehr eines poli-  
tischen Generalstreiks erforderlich sind, und zwar muß  
diese Rüstung möglichst ohne Verzug geschehen. Wenn  
dem die Sozialdemokratie sich entzweigt, praktisch mit  
dem Generalstreik zu arbeiten, ist es dazu weitens zu  
spät. Man wird aber auch erwarten dürfen, daß die Re-  
gierung, welche jetzt das nötige Maß von Entschlossen-  
heit gewonnen hat, dem Reiche die zur Abwehr aus-  
reichende Gefahren notwendige Rüstung vorzuschlagen,  
aus dem Entschluß lassen wird, Staat und Reich zur Be-  
wegung innerer Gefahren ausreichend stark zu machen.“  
Die Sorge gegen die Arbeiterkassen wird also zu-  
nehmend!

### Strasburger.

Der Schacher um die neuen Steuern jetzt bereits auf  
den ganzen Reich ein. In der Hauptsache kommt es den  
Nationalliberalen Parteien daran, die Nationallibera-  
len von den Steuern abzubringen, die Einführung  
dieser Steuern zu verhindern zu helfen. Die „An-

servative Korrespondenz“ setzt auseinander, daß der ein-  
malige Wehrbeitrag mit einer gewissen Progression ge-  
sichert sei. Die Hinauschiebung der Ermäßigung der  
Zuckersteuer und der Stempel auf Gesellschaftsgründun-  
gen dürften sicher die Zustimmung der Mehrheit finden.  
Dagegen sei das Schicksal des Erbrechts des Staates  
und des Stempels auf Versicherungen sehr fraglich. Um  
den dadurch entstehenden Ausfall zu decken, werden die  
Konserwativen in Ermägung ziehen: erstens die Er-  
höhung des Emissionsstempels auf ausländi-  
sche Wertpapiere und Ausdehnung auf inländische  
Obligationen, zweitens Ausbau der Talon-  
steuer und drittens Erhöhung des Börsen-  
umsatzstempels. Dagegen sind die Konserwativen  
nicht zu haben für die Vermögenszuwachssteuer, die den  
Einzelstaaten evtl. aufgezwungen werden soll. Sie be-  
fürchten, daß auf diese Weise die Erbschaftsteuer auf  
Umwegen eingeführt werden soll. Die ganze Situation  
wird von dem konservativen Organ so bezeichnet:

„Es steht also in der Hauptsache die Frage zur Ent-  
scheidung, ob der Umweg über die Einzelstaaten gegang-  
en werden soll, oder ob andererseits die Erbschaftsteuer  
auf das Kindeserbe und die Vermögenssteuer als Reichs-  
steuer eingeführt werden sollen. Namentlich für die  
letzte scheint eine Mehrheit im Reichstage leicht er-  
reichbar zu sein. Der Reichstanzler hat aber gegen  
Schluß der Debatte Veranlassung genommen, ganz aus-  
drücklich vor dem Beibringen dieses Weges zu warnen,  
„da er nicht zum Ziele führen könne.“ Er hat also in  
Ausficht gestellt, daß die verbündeten Regierungen die  
Reichsvermögenssteuer im Interesse der Selbständigkeit  
der Einzelstaaten nach wie vor ablehnen und an diesem  
Entschlusse festhalten werden.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, die sich zur  
gleichen Zeit mit der Steuerfrage befaßt, will nun aus  
Auslassungen des „Reichsboten“ den Schluß ziehen, daß  
auch in den Reihen der Konserwativen die Freunde der  
Erbschaftsteuer sich vermehrt haben, und meint dann:

„Ist dem aber so, dann würde die gewünschte Ver-  
änderung in nicht allzu weitem Felde stehen. Und  
wenn auch der extrem-agrarische Flügel der Konserva-  
tiven abseits stehen bleibt, so wäre doch die Mehrheit so  
groß, daß auf die Hilfe der Sozialdemokratie verzichtet  
werden kann. Damit wäre der Wunsch der Konserva-  
tiven und des Zentrums auf Verabschiedung der Vor-  
lagen durch die gleiche Mehrheit erfüllt.“

Die Konserwativen sehen natürlich voraus, daß die-  
ser Steuerhader nicht ohne Einfluß auf den Kampf zu  
den preußischen Landtagswahlen sein kann, und deshalb  
schlägt die „Konservative Korrespondenz“ im Hinblick  
auf die bevorstehenden Pfingstferien des Reichstags vor:

„Wir würden es deshalb für dringend erwünscht  
halten, wenn in der jetzt eingetretenen Pause die Er-  
örterung der politischen Streitfragen, die mit der Besitz-  
steuer verknüpft sind, nach Möglichkeit eingestellt würde,  
und sind unjenseits gern bereit dazu.“

Den Nationalliberalen wäre es gewiß zuzutrauen,  
daß sie auf diesen Vorschlag hereinsinken, aber die patrio-  
tische Angst vor dem Steuerzahlen ist doch zu groß, als  
daß der Schacher zeitweilig eingestellt werden könnte.

### Aus dem Dreiklassenparlament.

Dem preußischen Abgeordnetenhaus ist es auch am  
Donnerstag noch nicht gelungen, die dritte Lesung des  
Stats zu beenden, obwohl die Mehrheit durch fortgesetzte  
Schlußanträge die Minderheit, vor allem die Sozialdemo-  
kratie, mundtot machte. Bei der Beratung des Kultus-  
etats ist besonders hervorzuheben die Kritik unseres Ge-  
nossen Liebknecht an dem bekannten Urteil des Reichs-  
gerichts, wonach auch die fortbildungspflichtigen Schüler  
verpflichtet sind, an dem Erziehungunterricht teilzunehmen. Be-  
kanntlich ist das Urteil, das im Widerspruch mit früheren  
Urteilen steht, auf direkte Veranlassung des Ministers er-  
gangen; die Reaktion hat also einen völligen Sieg er-  
rungen.

Die Beratung des Ministeriums des Innern begann  
mit einer längeren Rede des Abg. v. Wenden (K.),  
der weidlich gegen die Sozialdemokratie weiter und eine  
Lanze für den bei der zweiten Lesung von unserem Ge-  
nossen Hirsch angegriffenen pommerzi Bauherrenverband  
brach.

### Schuh den Steuerhinterziehern.

Die Erhebung des Wehrbeitrages jetzt eine das  
ganze Reich umfassende Veranlagung der Vermögen  
voraus. Daß in den einzelnen Staaten bedeutende Teile  
des Vermögens der Besteuerung hinterzogen werden, ist  
eine bekannte Tatsache, die ihre Veranlagung auch darin  
findet, daß in dem Entwurf über den Wehrbeitrag aus-  
drücklich Straflosigkeit zugesichert wird für die seither  
hinterzogenen Steuerbeträge, wenn nur der Steuer-  
hinterzieher jetzt sein Vermögen richtig angibt. In den  
letzten Wochen sind große Kapitalien in das Ausland  
gewandert, um dort jinsbringend angelegt und der Er-  
ziehung durch den deutschen Wehrbeitrag entzogen zu  
werden. Das hat zu dem Gedanken geführt, den priva-  
ten Geldinstituten eine Auskunftspflicht aufzuerlegen  
über alle Transaktionen, die sie in den letzten Monaten  
vorgenommen haben. In kapitalistischen Kreisen hat  
dieser Vorschlag Angst und Schrecken hervorgerufen. Die  
„Post“, ausgerechnet das Organ jener Kapitalisten, die  
das meiste an der Wehrvorlage verdienen, behauptet  
nun, in der Lage zu sein, versichern zu können, daß diese  
Bestimmungen total unbegründet sind. Die Bestimmungen  
des Gesetzes enthielten eine solche Auskunftspflicht  
nicht, und es sei ausgeschlossen, daß etwa Ausführungs-  
bestimmungen des Bundesrats eine derartige Vorschrift  
enthalten könnten. Das Blatt fährt fort:

„Ein solches Verfahren kann nicht durch Aus-  
führungsbestimmungen geregelt werden, sondern bedürfte  
einer gesetzlichen Festlegung, die aber nicht vorgezogen  
ist. Sanftmüt und Kundhaft haben demnach in dieser  
Sinnst nicht nur die Angst zu Besorgnissen. Es ist auch nicht  
anzunehmen, daß etwa im Reichstage Keigung besteht,  
in dieser Hinsicht verschärfende Bestimmungen über die  
Vermögenserklärung zu erlassen, die etwa nach dem  
Kupfer der für Preußen gültigen Vorschriften für die  
Einkommen- und Erbschaftsteuer erfolgen soll.“

Soll das vorhandene Vermögen auch in seinem  
ganzen Umfange zum Wehrbeitrag herangezogen wer-  
den können, dann ist es allerdings Pflicht der Regierung,

eine Auskunftspflicht der Banken herbeizuführen. Die  
„beruhigenden“ Versicherungen der „Post“ können nur  
den einen Zweck haben, die Steuerhinterzieher zu be-  
ruhigen und ihnen die Versicherung zu geben, daß sie  
auch fernerhin den Staat nach allen Regeln der Kunst  
betrügen können. Auf die Opferwilligkeit kapitalistischer  
Kreise wirft dies allerdings ein bezeichnendes Licht.  
Wenn sie wirklich so opferwillig sind, wie in ihrer Presse  
immer berichtet wird, dann dürften sie nichts dagegen  
einzuwenden haben, wenn den Banken eine Auskunftspflicht  
auferlegt wird, sie sollten um so weniger dagegen  
einzuwenden haben, als ihnen wegen der bisherigen  
Steuerhinterziehungen ausdrücklich im Gesetz Straffrei-  
heit zugesichert ist. In Wirklichkeit besteht aber die Ab-  
sicht, neben dem Staat jetzt auch das Reich kräftig zu be-  
wegeln.

### Belgien.

Vom Kriegsschauplatz. Aus Brüssel wird uns  
vom 17. April gemeldet: Nach der am Dienstag vorge-  
nommenen Kontrolle der Streikenden sind in Brüssel am  
Generalstreik beteiligt: 6000 Metallarbeiter, 1800 Holz-  
arbeiter, 1800 Karosseriearbeiter, 4300 Lagerhalter, 865  
Schuhmacher, 1430 Bronzarbeiter, 1500 Schuhmacher, 900  
Fabrikarbeiter, 730 Buchbinder, 300 Lederarbeiter, 925  
Steinarbeiter, 550 Kürschner, 535 Lithographen, 1000 Ar-  
beiter der Nahrungsmittelbranche, 1000 Bauarbeiter, 250  
Fergolder, 300 Maler, 300 Sattler, 150 Transport-  
arbeiter, 270 Tabakarbeiter, 228 Schneider, 161 Färber,  
130 Territarbeiter, 160 Posamentierer, 150 Pflasterer,  
und 850 Schriftföher, insgesamt 22 804. Die  
Eisenbahnverwaltung gibt an, daß der tägliche Ver-  
kehr der Güterwagen im Hain von Antwerpen, der  
normal 1200 Wagen war, aber schon vorige Woche nur  
noch durchschnittlich 800 betrug, gestern auf 200 gesunken  
ist. Weitere Verminderung des Güterverkehrs wird er-  
wartet. — Der Regierungsbericht gibt die Zahl der am  
Mittwoch Streikenden im Revier Charleroi auf 80 642 an,  
also eine Zunahme von 6600; in der Provinz Hennegau  
streiken 163 460. In verschiedenen Industrien ist bereits  
Mangel an Kohlen und Kohlstoffen vorhanden; so mußten  
in Gent am Mittwoch die Flachspinnerei La Lieve mit  
1000 Arbeitern, in Mlost mehrere Baumwollspinnereie  
und in Brüssel einige kleine Metallfabriken geschlossen  
werden. Aus Grammont und Mlost wandern viele Ar-  
beiter nach Amerika aus.

### Balkan.

Die Sieger geraten sich immer wieder in die Haare.  
Serbische und griechische Behörden haben sich gegen das  
bulgarische Element in Mazedonien schwerer Uebergriffe  
schuldig gemacht. Die „Südslawische Korrespondenz“  
meldet aus Sofia: Der Verkehr auf der Eisenbahn-  
linie Saloniki—Dedeagatsch ist infolge von  
Meinungsverschiedenheiten zwischen den griechischen und  
bulgarischen Militärbehörden wieder eingestellt  
worden. Sozialer Blätter bringen Berichte über  
außerordentliche militärische Maß-  
nahmen Griechenlands bei Saloniki, das die  
Stadt auf der Landseite befestigt. Alles deutet darauf  
hin, daß die Griechen auf Zusammentreffen mit  
den Bulgaren rechnen. Die bulgarischen Blätter  
schreiben: Dort entsteht jetzt ein zweites Adria-  
nopol für Bulgarien. Der Ruf nach Saloniki werde  
in Bulgarien nicht mehr verstummen.

Die Kommandanten zweier von Skutari liegenden  
montenegrinischen und serbischen Bataillone  
gerieten in einen heftigen Wortwechsel. Plötzlich  
nahmen die Truppen für ihre Offiziere Partei und  
gingen gegen einander zum Angriff vor. Die Schlägerei  
artete in ein förmliches Bajonettemeßel aus.  
Von beiden Seiten blieben zahlreiche Tote und Verwun-  
dete auf dem Kampfplatz zurück.

### Aus Lübeck und Nahbargbieten.

Freitag, 18. April.

Sind alle Lübecker vor dem Gejehe gleich? Die Haupt-  
verkehrsadern der Stadt — Breite Straße, Kohlmarkt, Hol-  
stenstraße usw. — sind mit Menschen nicht angefüllt, sondern  
vollgepfropft. Wer die Straßen durchqueren will, begibt sich  
direkt in Lebensgefahr. Hunderte von Zigarren sind in den  
Brusttaschen zerdrückt worden. Frauen, Männer und Kinder  
stehen förmlich zusammengedrückt. Viele Kinder und Frauen  
weinen und schreien vor Angst, denn mitten in diesem Men-  
schenschwärmel bewegen sich Autos und Straßenbahnen. Die öffent-  
liche Sicherheit ist erheblich in Gefahr. Aber das macht nichts.  
Man schreibt ja den 9. März und es ist Jahreshunderfeier.  
Anders wenn man den 1. Mai schreibt. Da wollte sich in  
diesem Jahr der produzierende und werkschaffende Teil der  
Lübecker Bevölkerung auf dem Markte aufstellen, um den Fest-  
zug der Maifeier zu formieren. Warum sollte das nicht mög-  
lich sein, wo schon so viele Festzüge auf dem Markte gebildet  
worden sind; man denke nur an die „Kameraden“ und an das  
Jug. Volksfest. Und die Maifeiersteilnehmer wollten vom  
Markte aus nicht durch die Hauptverkehrsadern, Breite  
Straße und Holstenstraße, marschieren. Um den Straßenbahn-  
verkehr nicht zu hindern, wollten die Arbeiter Lübecks durch  
die stille Braunstraße abmarschieren, in der selten nennens-  
warter Verkehr zu finden ist. Die kurze Straße Untertrave  
und Holstenbrücke wäre schnell passiert worden und außerdem  
hatte man ja Zugführer und zahlreiche Ordner zur Hand, die  
jede etwaige Gefahr der öffentlichen Sicherheit zu vermeiden  
bestrebt sind. Aber hier handelt es sich ja um die Maifeier.  
Ja Bawer, das ist etwas anderes. Jeder Lübecker ist nicht  
vor dem Gejehe gleich, wie das nachstehend abgedruckte Schrei-  
ben beweist, das heute dem Vorstehenden des Maiestkomitees,  
Genossen Br o m m e, zugeht:

Auf den Antrag vom 10. ds. Mts. wird Ihnen folgendes  
erwidert:

Die nachgeachtete Genehmigung zur Aufstellung des Fest-  
zuges auf dem Marktplatz wird gemäß § 7 des Reichsver-  
einsgesetzes versagt, weil aus der Veranstaltung, namentlich  
durch den beabsichtigten Aufzug vom Marktplatz durch die  
Braunstraße, an der Untertrave und über die Holstenbrücke,  
eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Eine polizeiliche Absperrung der genannten, namentlich  
durch den Straßenbahn- und sonstigen Verkehr stark in An-  
spruch genommenen Straßenteile der inneren Stadt zugunsten

einem politischen Demonstrationsumzug kann nicht in Frage kommen. Ohne eine solche Aufsperzung aber — insbesondere bei Aufrechterhaltung des normalen Straßenbahnverkehrs — würde die Veranlassung des Umzugs durch die erwähnten Straßentrecken, wenn nicht ganz undurchführbar, so doch mit erheblicher Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbunden sein.

Im übrigen gestattet das Polizeiamt dem Maifeierkomitee am Donnerstag dem 1. Mai 1913 nachmittags 2 Uhr die Veranstaltung eines Ausmarsches mit Musik und Fahnen vom alten Eisenbahndamm aus nach Moisling auf den sogenannten Marktplatz, sowie die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel daselbst mit der Maßgabe, daß als Sammelplatz der Vereine für den Ausmarsch der alte Eisenbahndamm vorgeschrieben wird.

Der Marsch der einzelnen Vereine nach dem Sammelplatz hat ohne Musik unter Vermeidung der Breiten Straße, der Sandstraße, des Kohlmarttes und der Hofenstraße zu erfolgen. Zur Vermeidung von Verkehrsstörungen auf dem Wege zum Sammelplatz dürfen nur Abteilungen in der Stärke von höchstens 200 Personen marschieren, die einzelnen Abteilungen müssen Abstände von 200 Schritt von einander halten.

Die Teilnahme schulpflichtiger Kinder an dem Ausmarsche in besonderem geschlossenen Zuge ist verboten. Ebenso ist das Mitführen roter Fahnen oder Banner, roter Schärpen oder sonstiger Embleme und Abzeichen demonstrierenden Charakters untersagt. Auf dem Sammelplatz dürfen Ansprachen nicht gehalten werden.

Es sind in ausreichender Zahl Zugführer zu bestimmen und durch Abzeichen kenntlich zu machen, die auf dem Sammelplatz sowie auf dem Marsche dafür zu sorgen haben, daß der allgemeine Verkehr nicht gestört wird. Auf dem Festplatz ist in ausreichender Weise für getrennte Bedürfnisanstalten Sorge zu tragen. Etwaige Aufgrabungen sind am nächsten Tage wieder einzuebnen.

Straßenbahnen und Fuhrwerke ist überall so viel Raum zu geben, daß sie unbehindert vorbeifahren können. Beim Kreuzen von Straßen und Straßenbahngleisen ist jegliche Behinderung des Straßenbahn- und Fuhrwerksverkehrs zu vermeiden.

Wegen der in Aussicht genommenen Veranstaltung von abgabepflichtigen Vergünstigungen auf dem Festplatz haben Sie sich noch mit besonderem Antrag an die Polizeikasse zu wenden.

Für die Befolgung der gegebenen Vorschriften ist Herr W. Bromme dem Polizeiamt gegenüber persönlich verantwortlich.

Das Polizeiamt.  
Kienau Dr.

Es ist der alte Text und die gleiche Melodie, die in jedem Jahre um diese Zeit unseren Vatern gesungen wird, solange die Maifeier begangen wird. Klätiger Hohn ist bei der Sache nur, daß jetzt das „Liberal“ Vereinsgesetz es ist, das hier gegen die Arbeiterschaft angewendet wird. Es klingt unglaublich, daß man denjenigen Lübeckern, auf deren Arbeiterschaft die wirtschaftliche Existenz des Staatswesens beruht, die innere Stadt sperrt. Wie Ironie mutet es an, daß eine derartige Begründung erfolgen kann, kaum sechs Wochen nach einer Demonstration der herrschenden Gesellschaft, zu der man durch allerlei Pomp und Lichtschau die neugierige, schaulustige Menge nicht nur aus der Stadt, sondern sogar aus der Umgegend herangelockt hatte. Man prüft auf die öffentliche Sicherheit und scherte sich den Teufel um alle Gefahren. Und die Mädchen scheuten sich nicht, durch die Menschenmassen mit Autos und Equipagen hindurchzufahren. Es waren keine Führer und Ordner zur Stelle, um eventuelle Gefahren sofort zu beseitigen. Und da soll der Maiestzug nicht möglich sein! Wer das glaubt! Es ist die alte Ungerechtigkeit gegen das arbeitende Volk. Es soll minderes Recht sein als die obkurste Landsmannschaft und der Fußballklub „Ratte Wade“. Alldemselben Madelstschick und nichts anderes! Aber das Polizeiamt wird durch seine Bevormundung der Massen nun erst recht die Maifeierbegeisterung wieder beleben. Und der Festzug wird den Bewohnern von St. Lorenz und Moisling zeigen, welche gewaltige Macht die organisierte Arbeiterschaft von heute repräsentiert. Proletariat Lübeds! Der Weltfeiertag der Arbeit nach dem 21. Male. Wie zuvor war der hohe Ernst und der Charakter der Maifeier von größerer Bedeutung als in diesem Jahre. Gewaltige Heereszügen ziehen dem Volke bevor, die den Weltfrieden immer bedrohlicher gefährden. Unten am Balkan schlachten sich die Völker wie wilde Bestien in blutig-grausamen Ringen hin und bei uns lösen die Vorgänge die Gefahr eines allgemeinen Weltkrieges aus. Deshalb muß sich das Proletariat am 1. Mai mit überwältigender Macht um das Banner der Sozialdemokratie scharen und auch der letzte Arbeiter muß teilnehmen an dem Protest gegen die Unterdrückung, in welcher Form oder Gestalt sie sich auch äußert. Proletariat Lübeds! Beantworte den Bescheid des Polizeiamtes, durch den die Arbeiter mit anderem Maße gemessen werden als das Bürgertum, mit einer umfänglichen Agitation für den Weltfeiertag der Arbeit, für das Fest der Völkerverbrüderung, für Euer Maifest!

**h. Schöffengericht** am 18. April. Die verkauften Stiefel. Ein ehrbarer Schuhmachermeister B. hatte in Lübeck, seinem damaligen Wohnsitz, ein Paar Stiefel zum Reparieren bekommen. Der Auftraggeber mußte mittlerweile eine Reise antreten, an deren Ziel der Staat freiwillig Kopf und Logis gewährt, und hat daher den Schuhmacher, so lange die Stiefel aufzubewahren. Der Geselle verkaufte eines schönen Tages dies Aufbewahrungsgut, weil er von demselben Zweck nichts wußte. Die dafür erhaltenen 4 Mk. rechnete er am Sonnabend von seinem Lohn ab. Als der Kunde seine Trittschrauben wieder haben wollte, waren sie nicht mehr aufzutreiben. Der Schuhmacher hatte weiter keinen Vorteil, denn das Befehlen istete nahezu ebenso viel, als der Geselle für den Verkauf erhielt. Trotzdem wurde er wegen Betrugs vor die Gerichtshöfen gerufen, heute von dieser Anklage aber freigesprochen. — **Wursthändler.** Der Arbeiter M. wollte sich in seiner arbeitslosen Zeit Geld verschaffen. Er versuchte zuerst, eine Wurst für drei Mark auf fremden Namen zu kaufen. Im ersten Falle blieb es beim Versuch, im zweiten gelang es. Die Wurst wurde verknüpft und in Alkohol verwandelt, statt, wie er heute angibt, Brot für seine Kinder zu kaufen. In Oberhaffau pumpt M. sich noch durch falsche Vorpiegelung 1,50 Mk. Da der Angeklagte rückfällig ist, wird er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — **Eine Silvesterfeier** auf dem Hofenwerk. Verschiedene Nachtarbeiter hatten sich am Jahresabschluss ganz respektabel für die Nacht vorgegeben. Jeder nahm eine Flasche Rum mit auf die Fahrt. Die Flaschen freisten und so kam derjenige, der den besten Zug hatte, am besten davon. So eine Flasche Alkohol im Leibe rumort auch bei den etwas starken Tabak vertragenen polnischen Arbeitern. Sie gingen nach getaner Arbeit in die Kantine und kamen gerade recht, als einer eine Runde Bier ausgab. Der angeklagte Schmeißer B., der außer der Flasche Rum noch verschiedene Cognacs auf der Tasse zum kalten fähigen Junge hatte „schmeißen“ lassen, drängte sich auch vor, um einen Wudbel zu erhalten. Dabei trat er einem Kameraden auf den Fuß; es gab einen Wortwechsel, der in eine Keilerei ausartete. Dabei schwang B. die Bierflasche und schlug sie dem andern so auf den Kopf, daß dieser schwer verletzt wurde. Trotz einer

Schmerzensgeldentschädigung an den Verletzten erfolgte doch Strafanzeige. Der Angeklagte wird unter Berücksichtigung mildernder Umstände wegen gefährlicher Körperverletzung zu 60 Mk. Geldstrafe oder 12 Tagen Gefängnis verurteilt.

**Im Krematorium** am den Vorwerker Friedhof ist nunmehr der von der Bürgerchaft bewilligte zweite Verbrennungsofen fertiggestellt. Auf Einladung der Friedhofsbehörde fand heute morgen vor einem größeren Publikum im neuen Ofen eine Probeeinsäherung eines Tierkörpers statt. Der Kadaver war in einen Armenfarg verpackt und wurde mit diesem dem Ofen übergeben. Mit Spannung verfolgten die Zuschauer den Verbrennungsprozess, der wieder einmal die Haltlosigkeit der so oft aufgestellten Behauptung bewies, daß sich die Leiche im Ofen vor ihrer Einäscherung noch einmal aufrichte. Der ganze Prozess währte etwas über eine halbe Stunde. Der neue Ofen ist im Gegensatz zum alten bedeutend vergrößert; sein Feuerloch ist 20 Zentimeter höher als das des alten. Nunmehr ist die Möglichkeit geboten, daß Särge jeder Größe benutzt werden können, während beim alten Ofen nur kleine Särge Verwendung finden konnten. Auch in technischer Beziehung sind wesentliche Verbesserungen beim neuen Ofen zu verzeichnen. Die neue Einrichtung bedeutet für Lübed einen Fortschritt auf dem Gebiete der Feuerbestattung.

**Kontrollversammlungen im Fockenhof.** Sonnabend, den 19. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Gefangenen der Jahresklassen 1908 und 1909. Sonnabend, den 19. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Gefangenen der Jahresklassen 1910, 1911, 1912 und 1913.

**Patentrechtsauskunftsstelle der Gewerbetammer.** Es kann nicht einträglich genug darauf gewarnt werden, Geldbeträge an ausländische Firmen zu schicken, welche sich erbeten, Schutzrechte in den verschiedenen Staaten für außerordentliche billige Preise zu besorgen. In der letzten Sonnabendversammlung wurde wieder ein Fall vorgetragen, daß ein Gründer eine ausländische Firma mit der Verfolgung seiner Schutzrechte betraut hatte. Nachdem er die Kosten eingekassiert, hat er nichts wieder von der fraglichen Firma erfahren. Er ist also sein Geld los und wartet vergeblich auf einen Schutz. Eine Klage mit einer solchen Firma, die meistens noch nicht einmal auffindbar ist, wäre gleichbedeutend mit einem weiteren Geldverlust, daher sei nochmals zur äußersten Vorsicht ermahnt.

**Sanderegister.** Am 16. April 1913 ist eingetragen: 1. bei der Firma G. N. Schömer jr. in Lübed; die Procura des J. H. Schömer ist erloschen; 2. bei der Firma A. N. u. Feuerbaum in Lübed; die Firma ist erloschen. Am 16. April 1913 ist eingetragen bei der Firma J. H. Stollter 1913: Der Gesellschafter G. F. Stollter ist am 5. März 1913 gestorben. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft nebst der Firma ist bis 1. April 1912 von dem Gesellschafter G. F. Stollter fortgeführt. Seit dem 1. April 1913 ist das Geschäft eine Kommanditgesellschaft mit 4 Kommanditisten. Persönlich haften der Gesellschaft ist der Kaufmann G. F. Stollter, der Kommanditist ist erloschen an O. Philipp, E. Mäcker, H. W. Höft, sämtlich in Lübed, und C. Schumacher in Schwerin in Mecklenb., und zwar dergestalt, daß O. Philippi gemeinschaftlich mit je einem der anderen Kommanditisten, die übrigen Kommanditisten aber nur gemeinschaftlich mit O. Philipp die Firma zu zeichnen befugt sind.

**Ballonanstieg.** Bei günstigen Wind- und Witterungsverhältnissen wird der Ballon „Lübed“ des Lübeder Vereins für Luftfahrt am kommenden Sonntag vom Rühlplatz unterhalb der Charlottenstraße (Zielplatz der Lübeder Turnerschaft) einen Aufstieg unternehmen. Mit der Füllung wird um 1/2 Uhr begonnen und dürfte der Aufstieg etwa um 9 Uhr erfolgen.

**ph. Fahrraddiebstahl.** Am 16. ds. Mts. ist von dem Flur eines Hauses der Untertrabe ein Fahrrad gestohlen. Das Rad hat schwarze Felgen und schwarzes Gestell, nach oben gebogene Lenkstange, Freilauf und Rüdtrittbremse. Der Mantel des Hinterrades trägt einen roten Streifen. Die Polizeinummer ist 15 654.

**ph. Bodentammerdiebstahl.** Im Laufe des geitrigen Nachmittags wurden aus einer Bodentammer in der Altdornstrasse gestohlen: Weißleimene Damenhemden, dito Damenbekleider, Nachjaden, Nachhemden, Untertailen, Rissenbezüge, Bettbezüge, Tischtücher, Hand- und Taschentücher. Sämtliche Wäschestücke sind neu und mit M. S. gezeichnet.

**ph. Verhafteter Uheudieb.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der bei einem Tröbler in der Böttcherstraße eine Uhr gestohlen hatte.

**Die Niesenschieleubahn (Nigur-S-Bahn)** auf dem Rutzfeld wird Sonnabend nachmittags 5 Uhr in Betrieb gesetzt. Schon jetzt erhebt sich ein kunstvoll ineinander geschlungener Holzbaum. Die Bahn nimmt einen Platz von 2100 qm ein und ist ca. 25 m hoch. Die Gründung ist eine geotile und originale. Das Unternehmen ist von dem Direktor Hugo Haake erbaut und ist durchaus stabil und betriebssicher.

**Neues Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Mit dieser Notiz sei nochmals auf die beiden Sonntagsvorstellungen hingewiesen und zwar auf die große Gefangenspoise „Große Kossinen“ als Gitaufführung am Abend und auf Otto Nicolais kom. Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“, die als Volksvorstellung am Nachmittags zum Einheitspreis von 75 Pf. pro Platz gegeben wird. Die Besetzung der Plätze findet heute und morgen, abends von 8—9 Uhr an der Theaterkasse statt. Heute: „Fräulein Direktor“, das erfolgreiche Lustspiel von Paul Fr. Coers und Otto Wetterhausen, morgen: „Der Schmutz der Madonna“.

**Hamburg.** Die Entscheidung der Hamburger Bauarbeiter. Eine überfüllte Versammlung der Sektionen Maurer, Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter und Pfahlkammer des hiesigen Zweigvereins des Deutschen Bauarbeiterverbandes tagte am Donnerstag abend in Sagebiels großem Saal. Den Bericht von den letzten Verhandlungen mit dem Baugewerbeverband erstattete Hartwig. In der letzten Verhandlung am Sonnabend seien die Unternehmervertreter endlich mit ungebundenem Mandat erschienen. Die Vertreter des Zimmererverbandes hätten die Verhandlung wieder verlassen, als sie über die Gestalt der Verhältnisse bei der Einschalerarbeit keine befriedigende Erklärung bekommen konnten. Die Unternehmer verzögerten das Zugeständnis, daß Einschalerarbeit in Zukunft nur Zimmererarbeit sein solle. Die Verhandlungen wurden sodann zwischen den Vertretern des Bauarbeiterverbandes und dem Baugewerbeverband fortgeführt. Die Forderungen der Bauarbeiter waren: Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe auf 8 1/2 Stunden, eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. pro Stunde für die Hauptgruppen und von 15 Pfg. für die Einschaler. Die Unternehmer boten dagegen eine Lohnerrhöhung von 8 Pfg. und zwar im Laufe der Vertragsdauer jedes Jahr einen Pfennig. Eine Arbeitszeitverkürzung wollte man überhaupt nicht zugestehen. Nach langwierigen Auseinandersetzungen, wobei die Verhandlungen mehrmals zu scheitern drohten, fanden die Unternehmer schließlich eine Lohnerrhöhung von 5 Pfg. für alle Gruppen

zu, 3 Pfg. sollen nach Abschluß des Tarifes und 2 Pfg. am 1. Oktober mehr gezahlt werden. Angesichts der ganzen Lage müsse er, so führte Hartwig aus, der Versammlung die Annahme der Zugeständnisse empfehlen. Die schwache Konjunktur sei das stärkste Argument dafür, durch einen Kampf mehr herauszuholen. In keinem anderen Ort sei den Bauarbeitern in einem Jahre eine Lohnerrhöhung von 5 Pfg. geboten. Auch die Vertreter der Organisation befriedigte das Verhandlungsergebnis nicht. Unter Berücksichtigung aller Verhältnisse könnten sie aber nichts anderes, als die Annahme der Zugeständnisse empfehlen. In der lebhaften Diskussion kritisierten alle Redner unter starkem Beifall besonders scharf, daß keine Arbeitszeitverkürzung zugestanden sei. In 23 Jahren sei die Arbeitszeit nur um eine Stunde verkürzt worden. Wenn man sich diesemal wieder ohne Arbeitszeitverkürzung abfinden solle, so müsse alle Kraft für den nächsten Ablauf des Tarifes auf die Arbeitszeitverkürzung konzentriert werden. Es seien nicht wenige unter den Bauarbeitern, die, wenn sie zwischen der zugehörigen Lohnerrhöhung und der Arbeitszeitverkürzung wählen sollten, die letztere wählen würden. In bezug auf die Lohnerrhöhung sprechen die Redner teils für, teils gegen die Annahme der Zugeständnisse. Im Schlußwort ging Hartwig auf einzelne Einwände ein und erörterte sodann nochmals eingehend die gegenwärtige Situation. Nachdem bei der ersten Abstimmung das Resultat ohne Grund angezweifelt war, wurde dieselbe nochmals per Stimmzettel vorgenommen. Leider hatte sich der Saal schon erheblich gelichtet. In geheimer Abstimmung stimmten für die Annahme der Zugeständnisse 2120, dagegen 1182 Teilnehmer, ungültig waren 33 Stimmen. Insgesamt wurden 3335 Stimmen abgegeben.

**Hamburg.** Schon wieder einer! Mittwoch nachmittag verhaftete die hiesige Polizei den Bürgermeister von Kalaun Karl Weise, geboren in Halle a. d. S., der von der Staatsanwaltschaft in Kottbus wegen Unredlichkeiten verhaftet wird. Weise wird beschuldigt, sich in sieben Fällen einen widerrechtlichen Vermögensvorteil im Gesamtbetrage von 1400 Mk. verschafft zu haben. Auf Grund schriftlicher Anweisungen veranlaßte er die Kammereinfache, Geldbeträge angeblich für Bureauaufstellungen herzugeben. Das Geld wurde dem Bureauhilfen überwiesen, von dem es sich der Bürgermeister auszahlen ließ. Der Bürgermeister wird in den nächsten Tagen nach Kottbus ausgeliefert.

**Güstrow.** Unschuldig im Zuchthaus! Mit einem Freispruch endete ein Wiederaufnahmeverfahren, das Mittwoch in später Abendstunde von dem Kriegsgericht der 17. Division seinen Abschluß fand. Im vorigen Jahre war der Trompetergeant Theodor Kummert vom Marine-Regiment Nr. 9 wegen wissenschaftlichen Meineides zu einem Jahre Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und den üblichen Nebenstrafen verurteilt worden. Die Ursache des Meineidsprozesses lag in einer Klage wegen Alimentation. Das Dienstmädchen Ida M. hatte ein Liebesverhältnis mit einem Sergeanten Sch. unterhalten, das nicht ohne Folgen bleiben sollte. Als Sch. seine Vaterhaft anerkennen sollte und aus diesem Anlaß ein Alimentationsprozess entstand, wurde auch der Sergeant Kummert als Zeuge geladen. Er beklagte unter seinem Eid vor dem Zivilgericht, daß er zu der in Betracht kommenden Zeit mit der M. verkehrt hatte. Das Gericht glaubte aber seinen Angaben nicht, es erfolgte gegen Kummert eine Anklage wegen wissenschaftlichen Meineides. Das Kriegsgericht gelangte zu einer Verurteilung des Beschuldigten. Auch das Oberkriegsgericht entschied zugunsten des Angeklagten und bestätigte das Urteil der ersten Instanz. Beim Reichsmilitärgericht hatte Kummert ebenfalls kein Glück. Er übergab nun die Sache dem Rechtsanwalt Ulrich in Berlin, der das Wiederaufnahmeverfahren betrieb. Um die Glaubwürdigkeit der Zeugin M., die unter Eid vernommen worden war, aus Tageslicht zu bringen, wurden die weitgehendsten Ermittlungen angestellt. Nach dreitägiger Verhandlung hat das Kriegsgericht in Güstrow ein neues Urteil gefällt. Der Angeklagte ging als völlig rehabilitiert aus der Beweisaufnahme hervor. Er wurde nicht etwa wegen nicht erwiesener Schuld, sondern wegen einer wissenschaftlichen Unschuld freigesprochen. Die Zuchthausstrafe hat er bereits fast gänzlich abgelesen. Es wurde ihm in der Urteilsbegründung die Befugnis zugesprochen, auf Kosten der Staatskasse eine Entschädigung zu beanspruchen.

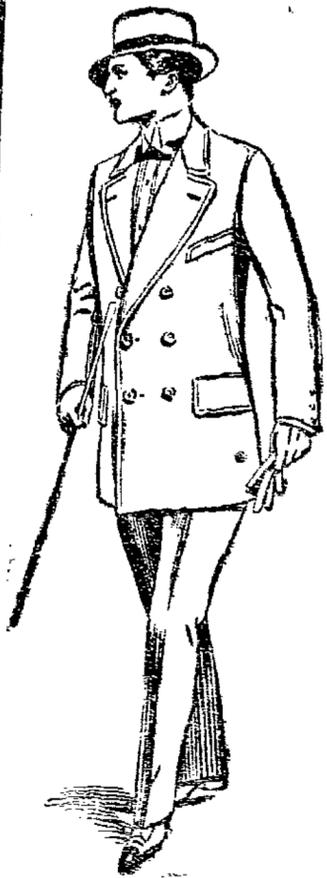
**Bremen.** Die Bürgerschaft hat am Mittwoch den Feuerwehrlenten Beamteneigenschaft verliehen. Genosse Wollmann beantragte, daß an Stelle der beantragten zweijährigen Probezeit die einjährige Probezeit eingeführt werde. Der Antrag wurde abgelehnt. Des weiteren bezeichnete es unser Redner als unerhört, daß Feuerwehrlente als Bürgen bezw. Bediente der Feuerwehroffiziere benutzt werden. — Der Jahresbericht der Gewerbeinspektion gab dem Genossen Behle Gelegenheit, eine eingehende Kritik zu üben. Er erkannte an, daß die Gewerbeinspektion sich bemüht habe, Mängel in den Betrieben in bezug der Schutzvorrichtungen abzustellen; leider seien aber die vorgenommenen Revisionen nicht ausreichend. Trotz der zwölfstündigen Arbeitszeit werden auf dem Hofenwerk noch zahlreiche Ueberstunden gemacht. Das sei unbedingt zu verhindern. In den Ziegeleien werden die fremdsprachigen Arbeiter durch die Kontinuität überfordert. Für den technischen Betrieb des Norddeutschen Lloyd sei vom Amt in Bremerhaven eine Arbeitsordnung genehmigt worden, die einen Schadenersatz durch Zurückhaltung des Lohnes vorsehe. Obwohl dies dem § 194 des Bürgerlichen Gesetzbuchs widerspreche, habe trotz Einspruchs der Arbeiter der Senat die Arbeitsordnung bestätigt. Es sei den Herren Juristen im Senat entgegen, daß Löhne bis zu 1500 Mk. unpfändbar seien. Unser Redner sprach noch über die Arbeiterausschüsse, deren Ausbau fordernd, über die Gewerbesachen, wobei er auf die Lehrlingsausbildung zu sprechen kam. Diese letztere Ansetzung brachte den Innungsabweidermeister Herrn Fröh in Rage. Er sprach von den zurückgehenden Leistungen der Arbeiter und betonte, daß die Meister alles aufbieten, um tüchtige Gesellen heranzubilden. Die Genossen Tiedermann und Waigand wiesen die Verdächtigungen der Arbeiter, daß sie nicht mehr leistungsfähig seien, zurück. Ersterer wies in längerer Ausführungen auf die Schäden der Heimarbeit, auf die Unfälle und den Ausbau der Tarifverträge hin. Den Herren Fröh und Brach sagte der Bericht, weil er objektiv abgefaßt war, ganz und gar nicht. Sie gaben ihrem Unwillen darüber Ausdruck, daß die Gewerbeinspektion bei Gewerkschaftsbeamten sich Auskunft geholt hätte. Man hätte mehr Unternehmerorganisationen befragen sollen. Genosse Rhein gab den Herren zu verstehen, daß sie in bezug auf sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Arbeiter schlechte Berater seien. Die Verlegung der Wahlzeit für die Bürgerschaftswahlen wurde von der Wahldeputation nur für die achte Klasse anerkannt, alle übrigen Forderungen wurden aber abgelehnt. Genosse Donath verlangte, daß die Wahlzeit bis 7 Uhr abends ausgedehnt werde. Der Antrag wurde abgelehnt, aber ein Antrag angenommen, der die Wahlzeit von 3 bis 4 Uhr verlängert.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwanth. Druck: Friedr. Meper & Co. Sämtlich in Lübed.

Frühjahrs- u. Sommer-  
Neuheiten in

# Herren- u. Knaben-Konfektion

Billigste Preise!  
Grosse Auswahl!



**Herren-Jackett-Anzüge** 13<sup>50</sup>  
moderne, dunkle Dessins in ein- u. zwei-  
reihig, tadellos sitzend. 42-34-26 bis

**Herren-Anzüge, blau** 12<sup>95</sup>  
in prima Cheviot u. Kammg., neues'e Form,  
Ersatz für Maßanfertigung. 44-32-25 bis

**Jünglings-Anzüge** 14<sup>50</sup>  
moderne engl. und deutsche Stoffe sowie  
marengo Jackett u. Weste u. gestr. Hose  
34-27-21 bis

**Knaben-Anzüge** 4<sup>90</sup>  
Blusen-Fasson  
in blau und farbig, mit und ohne Marine-  
Kragen, aparte Neuheit. 14-11-8 bis

**Herren-Kammgarn-Hosen** 6<sup>50</sup>  
mod. Streifen, neuester Schnitt und beste  
Verarbeitung 16-13-10 bis

**Herren-Frühjahrs-Anzüge** 18<sup>50</sup>  
aparte Stoff-Neuheiten, ein- u. zweireihig.  
fadell. Sitz, best. Verarb. 48-35-24 bis

**Herren-Paletots und -Ulster** 16<sup>50</sup>  
sehr schicke Frühjahrs-Neuh. in marengo  
coverc. u. engl. Stoffen. 35-28-23 bis

**Jünglings-Ulster** 13<sup>50</sup>  
in sehr modernen Stoffen und Mächten  
Frühjahrs-Neuheiten. 28-19-15 bis

**Knaben-Anzüge** 6<sup>50</sup>  
Jacken-Fasson in ganz aparten Stoffen  
englischer Art, äußerst vornehme Mächten  
18-15-12 bis

**Herren-Buckskin-Hosen** 2<sup>25</sup>  
starke, solide Qualitäten, Strapazier-Ware  
in soliden Streifen. 8-6-4 bis

Besonders billige Angebote  
in  
**Hüten u. Mützen**

Herren-Hüte schwarz, steif 2.85  
Herren-Hüte weich Ulster 2.25  
Herren-Mützen blau . . . 95  
Herren-Sport-Mützen . . . 95  
Knaben-Schirm-Mützen . . . 95  
Knaben-Sport-Mützen . . . 38  
Knaben-Marine-Mützen . . . 95  
Knaben-Südwestler . . . 95  
Mädchen-Marine-Mützen . . . 95  
Mädchen-Deckel-Mützen . . . 95  
Mädchen-Südwestler . . . 95

**Arbeiter- u. Berufskleidung** Beste Qualitäten  
Billigste Preise  
Grosse Auswahl

## SCHUHWAREN.

Aparte Neuheiten  
für Frühjahr und Sommer  
in  
farbigen Herren-Hüten  
sind bereits schon eingetroffen.

**Herren-Chevrette-Schnürstiefel** 6<sup>75</sup>  
breite, moderne Form, Lackkappe . . .

**Herren-Rindbox-Schnürstiefel** 7<sup>95</sup>  
äußerst bequem . . .

**Herren-Boxkalf-Schnürstiefel** 12<sup>50</sup>  
moderne, amerikanische Form, Lackkappe . . .

**Herren-Chevreau-Schnürstiefel** 16<sup>50</sup>  
bequeme breite Form, Derby-Lackkappe . . .

**Kinder-Stiefel.** Grosse Auswahl, billige Preise.

**Soltava**  
Herren- und Damen-Stiefel.  
Das Vollkommenste, Beste und Billigste  
der Schuhfabrikation  
**Einheitspreis**  
für Damen 12<sup>50</sup>  
und Herren

**Damen-Rossbox-Schnürstiefel** 6<sup>85</sup>  
breite Form, englischer Absatz . . .

**Damen-Chevrette-Schnürstiefel** 9<sup>75</sup>  
breite Fasson, für ältere Damen . . .

**Damen-Boxkalf-Schnürstiefel** 9<sup>75</sup>  
vornehme Form, Derby-Lackkappe . . .

**Damen-Chevreau-Schnürstiefel** 11<sup>75</sup>  
sehr elegante Form . . .

Arbeitsschuhe u. Stiefel, solide Ausführg., billige Preise.

**Handgenähter Strohhut** 8<sup>85</sup>  
mit Seidenkopf und mo-  
derner Federpalette genau  
wie Abbildung . . .

Besonders billige Angebote  
in  
**Damen-Putz**

In der Abteilung DAMEN-PUTZ biete ich  
eine hervorragende Auswahl schicker gar-  
nierter und ungarzierter Hüte. Vorjährige,  
auch nicht bei mir gekaufte Hüte, werden  
modern und geschmackvoll billigst aufge-  
arbeitet.

**Frauenhüte** in schwarz u. farbig, kleine u. mittelgroße  
Formen . . . 1.25 3.40 1.95 1.30 90

**Frauenhüte** schick garniert mit  
Seide und Blumen . . . 8.50 6.75 5.25 3<sup>90</sup>

**Frauen-Teques** in Stroh, m. Flitter-  
bord., garn. m. Band  
u. Blumen . . . 10.00 8.50 6.85 5<sup>75</sup>

**Hutformen** in Stroh, Bast, Lützen, Roßhaar u. Tagal in größter Auswahl, billigst.

**Große Bastform mit Rosenranke** 8<sup>50</sup>  
in allen aparten Farben  
genau wie Abbildung . . .

**Kinderhüte** modernste Fassons,  
leichtes, feines Ge-  
flecht . . . 1.75 1.50 1.10 95 78

**Kinderhüte** garniert mit plissiertem  
Band, Seide und Blu-  
men . . . 3.50 3.00 2.85 2.60 2<sup>25</sup>

**Englische Hüte** kl. u. große Formen, in  
weiß u. schwarz vor-  
rätig . . . 5.25 4.50 3.25 2.25 1<sup>65</sup>

Unter-Preis-Angebote  
in  
**Damen-Konfektion.**

**3 Serien Kostüme** Serie I Serie II Serie III  
regulär 25-55.00 17.95 28.50 35.50

**3 Serien Paletots** Serie I Serie II Serie III  
regulär 12-25.00 9.75 14.75 18.50

**3 Serien Woll-Blusen** Serie I Serie II Serie III  
regulär 7-11.50 4.95 6.45 7.35

**Wollene Kinderkleider u. Mädchen-Paletots**  
zum Teil bedeutend im Preis ermäßigt.

**Damenhemde**

Ein Damenhemde Vorderschlaß m. Languette 95  
Ein Damenhemde Ia. Stoff, mit Festonlanguette 148  
Ein Damenhemde mit breiter halb. Stickerei 175  
Ein Damenhemde m. Feston u. Stickereieinsatz 195  
Ein Damenhemde mittelfädige Qualität, mit breiter Stickerei 215  
Ein Damenhemde mit breiter Stickerei und Einsatz 245  
Ein Damenhemde Ia. Renforce, mit Stickerei und Saume 285  
Ein Damenhemde Ia. Renforce, m. handgestick. Passe 315

**3 Serien Tändelschürzen** weiß mit Träger  
Serie I 95 Serie II 135 Serie III 145

**3 Serien Tändelschürzen** weiß ohne Träger  
Serie I 88 Serie II 95 Serie III 128

**Korsetts**

Lange und kurze Frack-, moderne Directoire-Fassons aus grauen und farbigen Stoffen

**Korsett** grau, mit Spiralstangen . . . 95  
**Korsett** grau Drell, Frackform . . . 145  
**Korsett** weiß, hellblau gestreift, mit Spiralstangen . . . 215  
**Korsett** Directoireform, in eleganter Ausführung . . . 365  
**Korsett** grau, Frackform mit Strumpfhaltern . . . 475  
**Korsett** Satin, Directoireform m. 2 Paar Strumpfhalt. 595  
**Korsett** Ia. Satin, Directoireform, mit Strumpfhaltern und Aluminiumfedern . . . 750

**3 Serien Handtaschen** neue moderne Formen  
Serie I 95 Serie II 225 Serie III 345

**3 Serien Handschuhe** farb. u. schw. Trikot mit Druckknöpfen  
Serie I 48 Serie II 85 Serie III 120

**Damen-Beinkleider**

Ein Damen-Beinkleider mit Feston . . . 95  
Ein Damen-Beinkleider mittelfädig, Hemden-  
tuch mit Stickerei . . . 128  
Ein Damen-Beinkleider Reform-Fasson mit  
Languette . . . 145  
Ein Damen-Beinkleider Renforce m. Stickerei 175  
Ein Damen-Beinkleider Reform-Fasson mit  
Stickerei . . . 195  
Ein Damen-Beinkleider Ia. Körperstoff mit  
Languette . . . 225  
Ein Damen-Beinkleider mit breiter Stickerei,  
elegante Ausfühung . . . 265  
Ein Damen-Beinkleider Ia. Renforce m. breiter  
Stickerei . . . 325

**3 Serien Blusenschürzen** in weiß und  
farbig  
Serie I 95 Serie II 135 Serie III 195

**2 Serien Tändelschürzen** farbiger Satin  
mit Träger  
Serie I 95 Serie II 140

Lübeck  
Königstr. 87-89  
Ecke Wahnstr.

# Hans Struve

Neumünster.  
Rendsburg.

# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 90.

Freitag, den 18. April 1913.

20. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 17. April.

142. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand.

Zunächst wird die Resolution der Sozialdemokraten, die die Einführung der Verhältniswahl und eine andere Einteilung der Wahlkreise fordert, im Hammelsprung mit 140 gegen 139 Stimmen abgelehnt; dies Resultat wird von der Rechten und dem Zentrum, die mit einer Stimme Mehrheit gestimmt haben, mit lauter Freude aufgenommen.

Angenommen worden die Resolutionen der Volkspartei, die Beamten- und Angestelltenausschüsse in Reichsbetrieben und Verbesserung des Disziplinarverfahrens fordern. Der Rest des Reichsfinanzetat wird debattelos genehmigt.

### Wahlprüfungen.

Graf Westarp (K.) beantragt, die Prüfung der beiden Wahlen Vietmeyer und v. Kröcher von der Tagesordnung abzusetzen. Es sind bei ihnen ähnliche Fragen zu besprechen, wie bei den Prüfungen der Wahlen Haupt und Kölsch, die in kurzer Zeit spruchreif werden. Da nun solche Fragen doch nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden (Lachen links), empfiehlt es sich, die Prüfung all dieser Wahlen zu verbinden.

S a a s e (SD.): Bisher war die Auffassung allgemein, die Wahlprüfungen sollten möglichst rasch erledigt werden. (Lärm. Zurufe rechts.) Würde jetzt der Antrag Westarp angenommen, so würde das eine Verschleppung der Wahlprüfungen bedeuten. (Lebh. Zust. links.)

Dr. Neumann-Hofer (WP.): Würden wir den Antrag annehmen, so kämen wir wieder zur alten Praxis, daß sehr viele Wahlprüfungen auf einmal auf die Tagesordnung kommen, und daß dann eine Kuhhandelei losgeht, die dem Ansehen des Hauses nicht förderlich ist.

Graf Westarp (K.): Ich habe nicht vom Kuhhandel gesprochen, es handelt sich darum, die spruchreifen Wahlprüfungen schnell zu erledigen, und da die Wahlen Haupt und Kölsch in aller nächster Zeit spruchreif werden, ist es praktisch, sie mit diesen beiden zusammen zu erledigen. (Sehr richtig! rechts.)

B e h l e (SD.): Die Gründe, die Graf Westarp für seinen Antrag aufgestellt hat, sind richtig. Die Herren haben sich ja gegen die Zurückstellung der Wahlprüfung von Haupt ausgesprochen. Mir scheinen bei diesem Antrag parteipolitische Gründe maßgebend zu sein. (Who! rechts.) Wir haben aber nicht nach parteipolitischen Gründen zu entscheiden, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten. (Lebh. Zust. links.)

Die Abstimmung über den Antrag Westarp bleibt zunächst zweifelhaft und erfolgt dann durch Hammelsprung; hierbei wird der Antrag mit 163 gegen 137 Stimmen abgelehnt.

Zur Wahl des Hgg. Vietmeyer (Wirtsch. Bgg.) beantragt die Kommission Beweiserhebung.

Dr. Neumann-Hofer (WP.) befürwortet einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl. Es liegen irreführende amtliche Bekanntmachungen vor, in denen als Wohnort des Kandidaten der Volkspartei Berlin angegeben wird, während er in Wahrheit Segitz. Jeder, der in der praktischen Agitation steht, weiß, daß man in weiten Kreisen im Lande einem Kandidaten nichts Schlimmeres nachsagen kann, als er sei aus Berlin. (Gr. Sttt.)

W i l l e g e r (Ztr.) tritt für den Antrag der Kommission ein. Die Behauptung des Redneren über die geringe Wertschätzung der Berliner in Waldeck geht doch zu weit.

H e r z o g (Wirtsch. Bgg.): Es ist nicht bewiesen, daß die amtliche Bezeichnung des Kandidaten als „Berliner“ in der Absicht geschah, ihm in den Augen der Wähler zu schaden.

S t a d t h a g e n (SD.): Da in dem betreffenden Wahlkreis die Sozialdemokratie sehr wenig Stimmen erhalten hat, ist wohl anzunehmen, daß die Bevölkerung zum Teil so rückständig ist, daß sie sich durch die Bezeichnung des Kandidaten als „Berliner“ schrecken ließ. Der Landrat hatte nichts weiter zu tun, als das zu veröffentlichen, was ihm vom Wahlkommissar zugegangen war. Wenn er es abänderte, lag offenbar eine Absicht vor. Deshalb muß die Wahl für ungültig erklärt werden.

Nach weiteren Bemerkungen der Hgg. Behrens (Wirtsch. Bgg.), v. Brockhausen (K.) und Dr. Neumann-Hofer (WP.) wird der Antrag der Kommission auf Beweiserhebung mit 157 gegen 148 Stimmen abgelehnt und die Wahl hierauf für ungültig erklärt.

Es folgt die Wahl des Hgg. Kröcher (K.), die die Kommission für ungültig zu erklären beantragt.

Dr. v. Witt (K.): Aus der Tatsache, daß eine Reihe von Amts- und Gemeindevorständen einen Wahlauftrag mit ihrem Amtsscharakter unterzeichnet haben, kann man auf eine Wahlbeeinflussung nicht schließen; mindestens müßte geprüft werden, wie weit Wähler dadurch wirklich beeinflusst sind. Deshalb beantrage ich, die Wahl an die Kommission zurückzuweisen.

S t u p p (Ztr.): Die Vorrechte eines Beamten dürfen bei einer Wahl nie ins Spiel kommen. Deshalb darf auch kein Titel nicht unter einem Wahlauftrag stehen und der Beschluß der Kommission ist gerechtfertigt.

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Rechten für ungültig erklärt.

### Der Militärretat.

Hierzu beantragt die Kommission, dem Reichstag eine Statistik über die Beförderung der Einjährig-Freiwilligen zu Reserveoffizieren für sämtliche Kontingente und sämtliche Konfessionen mitzuteilen, ferner den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Fürsten und Prinzen der Wunsch des Reichstages auf Verzicht zahlreicher Adjutantenstellen zum Ausdruck gebracht wird, und bis zur dritten Lesung die Vorbereitungen zu einer entsprechenden Verminderung der Zahl der persönlichen Adjutanten zu treffen. — Eine weitere Resolution der Kommission wünscht die Einsetzung einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zur Lösung der Duellfrage.

S c h ö p f l i n (SD.): Neben der ungeheuren Militärvorlage enthält der Etat selbst noch eine Vorlage, da er ja der organischen Fortentwicklung des Heeres Rechnung trägt. Dagegen wird den Wünschen der Volksovertretung und der großen Mehrheit des Volkes auf zeitgemäße Reformen im Militärwesen nicht Rechnung getragen. Allen solchen Wünschen setzt die Militärverwaltung den entschiedensten Widerstand entgegen, man muß versuchen, ihre den Boden millimeterweise abzugewinnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Bei der Duell-

frage sind wir mit der Einsetzung einer besonderen Kommission einverstanden, doch will ich nur wünschen, daß die Kommissionsverhandlungen nicht der Verschleppung dienlich gemacht werden. (Sehr richtig!) — Eine andere Frage ist die der jüdischen Reserveoffiziere, oder vielmehr die, daß Juden nicht Reserveoffiziere werden. Wir haben gewiß keine Neigung, uns dafür ins Zeug zu legen, daß die Sprößlinge der jüdischen Bourgeoisie den Titel „Reserveoffizier“ auf ihre Visitenkarten drucken können. Es handelt sich aber darum, daß das Reserveoffizierkorps sich systematisch über Verfassung und Gesetz hinwegsetzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Kriegsminister erklärte, in den so genannten tieferen Volksschichten sei eine Abneigung gegen die Juden vorhanden, der man Rechnung tragen müsse, und sein Amtsvorgänger v. Einem jagte, den Juden fehle das militärische Aussehen, sie hätten nicht die achtunggebietende Erscheinung, die zu einer Führerstellung notwendig sei. Haben denn alle die arischen Leutnants eine so schneidige Erscheinung? Wenn nicht ein geschickter Schneider nachhelfen würde, würden sie oft eine recht unglückliche Figur machen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Uebrigens genügt ja das militärische Aussehen der Juden für den Dienst als Gemeiner in allen Regimentern. Seit 1888 ist in Preußen kein Jude mehr zum Reserveoffizier gewählt worden. Soll bei allen diesen in dem ganzen Vierteljahrhundert das militärische Aussehen und genügende Leistungen in den schriftlichen Arbeiten nicht vorhanden gewesen sein? Das glaubt doch wohl niemand. (Sehr wahr! bei den Soz.) Uebrigens geht es nicht nur den Juden so; Dissidenten, Söhne von kleinen Handwerkern, werden ebenfalls nicht gewählt, weil ihr Vater nicht standesgemäß ist. Das Reserveoffizierkorps übertritt eben absichtlich und systematisch die Bestimmungen der Verfassung, und dagegen müssen wir uns mit aller Schärfe wenden. Es herrscht das Bestreben bei den Reserveoffizieren, sich nur aus einer bestimmten sozialen Schicht zu ergäßen. In Sachsen ereignete sich der Fall, daß sämtliche Lehrer bei der Prüfung durchfielen, und zwar soll der Hauptmangel in der vaterländischen Geschichte zutage getreten sein. In der Ersten sächsischen Kammer schrieb man deshalb Zeter und Mordio über den mangelhaften Geschichtsunterricht in den Lehrerseminaren. Der betreffende Oberleutnant, der die Prüfung leitete, gab allerdings einen anderen Grund an; er erklärte, die Volksschullehrer ärgern meinen Vater so sehr, daß er oft nicht schlafen kann, sie sind der Nagel zu seinem Sarge. Es war der Sohn des sächsischen Kultusministers Bed. (Lebh. Hört, hört! links.) Die Geschichtsprüfung wurde bei der Besprechung der Angelegenheit in der Zweiten Kammer illustriert. Auf die Frage: „Was ist Deutschland?“ hatten die Lehrer geantwortet, teils „ein Bundesstaat“, teils „ein Staatenbund“. Herr Oberleutnant Bed aber erklärte: „Das ist falsch. Deutschland ist unser Vaterland.“ (Schallende Heiterkeit.) Und von ähnlicher Natur waren noch andere Fragen. Nicht nach der militärischen Fähigkeit, sondern nach der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht wird die Wahl zum Reserveoffizier vollzogen, und deshalb ist die Frage am Platze, ob das Reserveoffizierkorps im Ernstfalle den militärischen Anforderungen gewachsen ist. Der Minister berief sich auf die Abneigung in den niederen Volksschichten gegen die Juden. Der sehr starken Abneigung gegen die Junker trägt er keine Rechnung. Vom Beschwindeln der Junker aber würde das deutsche Heer keinen Nachteil haben. (Sehr richtig!) In der Kommission wurde verlangt, man solle doch einmal einige jüdische Knaben in die Kadettenanstalt aufnehmen. Das lehnte der Kriegsminister ab, weil die Kadettenanstalt eine christliche Erziehungsanstalt sei. (Sehr richtig! rechts.) Das haben wir noch nicht gewagt. (Zuruf rechts: Wir sind ein christlicher Staat!) Nein, wir sind ein paritätischer Staat. (Lebh. Zustimmung links.) Dann bitte ich den Kriegsminister, sich zu den Abschiedsworten zu äußern, mit denen der jetzige Generalinspekteur für Elbaf-Lothringen, Herr v. Britzwick-Gaffron, sich von dem 16. Armeekorps verabschiedete, und die in der reichsländischen Kammer zur Sprache kamen, weil sie auf einen Einfluß der Militärverwaltung auf die Zivilverwaltung hindeutete. Der Staatssekretär Jörn v. Budaß bestritt allerdings solcher Einfluß. Seit einer Reihe von Jahren mehrten sich die Klagen, daß der Mangel an Sanitätsoffizieren bei der deutschen Armee ein sehr bedenklicher sei. Es fehlen am Sollbestande 25 Prozent. (Hört, hört!) Dieser Mangel ist größtenteils der Tatsache zuzuschreiben, daß die Sanitätsoffiziere von den Regimentskommandeuren gesellschaftlich zurückgesetzt werden. Wenn ich auch wenig Verständnis dafür habe, daß man von so äußerlichen Dingen seine Tätigkeit abhängig macht, ist es doch jedenfalls sehr bedenklich, wenn die ärztliche Versorgung des deutschen Heeres eine so ungenügende ist. — Ein bayerischer Oberst, der einen Redakteur ohrfeigte, wurde nur mit 50 Mk. Geldstrafe belegt. Es könnte nett werden, wenn diese Art der Austragung von Differenzen Schule machen würde. In Bayern scheint sogar eine Art Aufmunterung des Obersten erfolgt zu sein. Er bekam kurze Zeit darauf eine Brigade. In der Kommission verhängte sich der bayerische Bevollmächtigte hinter allerlei formellen Einwänden. Wir werden uns aber nicht nehmen lassen, auch die Vorgänge in der bayerischen Armee zu verfolgen. Seit einiger Zeit häufen sich wieder die Fälle, wo sich die Bezirksoffiziere und Kommandeure bei Kontrollversammlungen Beschimpfungen der Mannschaften herausnehmen, gegen die härtester Protest erhoben werden muß. Kontrollversammlungen werden dazu benutzt, um Agitation gegen die Sozialdemokratie zu treiben. Ich gebe zu, daß der Kriegsminister in der Kommission erklärt hat, daß er bereit sei, mit aller Schärfe dagegen einzuschreiten. Ein Bezirksoffizier in Fulda, der von der Bevölkerung mit dem Spitznamen „der gestiefelte Kater“ belegt wird (Heiterkeit), nimmt sich alljährlich bei den Kontrollversammlungen heraus, die Leute in der rüdesten Weise zu beschimpfen. In Blankenheim erklärte ein Kontrolloffizier: „Ein verständiger Mensch gehört keiner Gewerkschaft und keiner politischen Organisation an, denn die Herren in Berlin täten sich von den Arbeitergroschen nur mästen!“ (Hört, hört! bei den Soz.) Um solche Dinge haben sich die Kontrolloffiziere überhaupt nicht zu kümmern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Bezirkskommandeur Major v. Chappuis in Liegnitz hat bei der letzten Kontrollversammlung mit vor Erzeugung zitternder Stimme gegen das „internationale Lumpengefindel“ gewettert und hat verlangt, die Leute sollten sagen, ob sie Mitglieder eines Kriegervereins seien. Ich hoffe, daß der Kriegsminister in diesem Falle mit aller Schärfe eingreifen wird. Ein Major v. Stülpnagel hat in einem Orte der Altmark in einer solchen Versammlung gesagt, die Viehhändler sind die rohesten und charakterlosesten Menschen. (Hört, hört!) Was wollten die Herren mit ihrer Armee machen, wenn sie den Teil des Volkes, den sie so als Lumpengefindel bezeichnen, im Ernstfalle nicht zur Verfügung hätten. Leute zu be-

schimpfen, in einem Moment, wo sie nicht antworten können, ist nicht nur roh, sondern ist der Ausfluß großer Feigheit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Als ich bei einer solchen Kontrollversammlung war, hielt der Offizier, obwohl er wußte, daß ich sozialdemokratischer Redakteur bin, eine so wüste Sozialistenrede, daß mein Nachbar, der gar nicht Sozialdemokrat war, sagte: Dem Kerl müßte man ein paar um die Ohren hauen! Solche Gefühle werden durch ein derartiges Vorgehen bei den Mannschaften ausgelöst. Ich hoffe, der Kriegsminister wird sich im Plenum ähnlich gegen dies Vorgehen bei Kontrollversammlungen aussprechen, wie in der Kommission. — Die Kriegervereine sind, obwohl jagungsgemäß unpolitisch, doch vielfach nur eine Schutztruppe der Konservativen. Dem volksparteilichen Rechtsanwalt Cohn in Dessau ließ der Kriegerverein eine Warnung zugehen, weil er wiederholt sozialdemokratische Redakteure vor Gericht verteidigt hatte. (Hört, hört! links.) Er hatte Müdigkeit genug, daraufhin aus dem Kriegerverein auszutreten. Ein Landtagsabgeordneter in Dessau, der 30 Jahre Mitglied des Kriegervereins war, wurde aufgefordert, seinen Austritt zu erklären, weil er einen Kompromiß unterschrieben hätte, wonach der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung paritätisch zusammengesetzt werden sollte. (Hört, hört! links.) In Bartenstein starb ein Maurer, der einem Kriegerverein 25 Jahre angehört hatte. Der Verein lehnte dann die Beerdigung bei seinem Begräbnis ab, weil er einer freien Gewerkschaft angehört habe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Kriegsminister ist ja ein sehr früher Förderer der Kriegervereine. Er sollte aber auch dafür sorgen, daß in diesen Vereinen keine politische Agitation getrieben würde. In anderem Falle müßte man ihnen die privilegierte Stellung nehmen, die ihnen heute ihre terroristische Propaganda ermöglicht. — Ueber den Militärhoykott gegenüber Gastwirten und anderen Geschäftsleuten ist schon bei der Heeresvorlage gesprochen worden. Wir müssen verlangen, daß mindestens die Milderung in Preußen durchgeführt wird, die in Sachsen auf Initiative des dortigen Kriegsministers herbeigeführt worden ist, dahin, daß das Verbot nur für den Tag gilt, wo die betreffende Versammlung stattfindet. Auch das ist natürlich nicht gerechtfertigt, aber wenigstens ein kleiner Fortschritt. Wir Sozialdemokraten lassen uns natürlich unser Versammlungsrecht nicht rauben, aber die Geschäftsleute und der Mittelstand werden durch diesen Militärhoykott aufs schwerste geschädigt. Der Bildungsausschuß der Arbeiterorganisation in Ulm hatte mit dem dortigen Stadttheater eine Aufführung der „Fledermaus“ für die Mitglieder der Organisation vereinbart. Die Theatermusik wurde von dem dortigen Infanterieregiment gestellt. Als der Regimentskommandeur von der Vereinbarung erfuhr, verbot er der Regimentsmusik, bei dieser Aufführung zu spielen. (Hört, hört!) Der württembergische Bevollmächtigte meinte in der Kommission: wenn die Sozialdemokraten den Etat ablehnen, können sie doch nicht verlangen, daß wir ihnen noch die Regimentsmusik zur Verfügung stellen. (Sttt. b. d. Soz.) Ich hoffe, daß der Kriegsminister dem Beispiel seines sächsischen Kollegen folgen wird. In Süddeutschland kennt man derartige Militärverbote überhaupt nicht. Zu meiner Freude kann ich konstatieren, daß der Kriegsminister in der Kommission die Verwendung von Militär in Streitfällen gemißbilligt hat. Im vorigen Jahre habe ich auf Vorgänge in einem Trainbataillon hingewiesen, wo sich Offiziere schwerer Ausschreitungen schuldig gemacht haben sollen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die von mir erwähnten Ausschreitungen nicht vorgekommen sind, ich kann nur bedauern, durch falsche Informationen zu meinen Behauptungen veranlaßt zu sein. Ich muß mich dann einem der schlimmsten Kapitel, zu dem der Soldatenmißhandlungen, wenden. Angesichts der bevorstehenden Heeresvermehrung müssen wir umso mehr darauf dringen, daß die Behandlung der Leute, die gezwungen werden, 2, 3 Jahre in der Kaserne zubringen, eine menschenwürdige ist. Vor allem verlangen wir, daß mit größter Strenge gegen Soldatenmißhandlungen tätlicher und wörtlicher Art vorgegangen wird. Wir haben in den letzten Jahren uns darauf beschränkt, im allgemeinen gegen diese Mißhandlungen zu protestieren. Aber jetzt, wo, wie es mir scheint, die Schwere der einzelnen Fälle zunimmt, sind wir doch genötigt, wieder einmal das düstere Kapitel der Soldatenmißhandlungen ganz aufzurollen. Im Infanterieregiment Nr. 30 hat ein Unteroffizier Leute gezwungen, abgedundenes schmutziges Wafschwasser zu trinken. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis. Der Gerichtsherr verlangte Degradation, aber das Gericht verwarf die Verurteilung, trotzdem hier eine Bestialität schlimmster Art vorliegt, durch die die Leute dauernd in ihrer Gesundheit geschädigt werden können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Beim Dragonerregiment Nr. 7 in Saarbrücken zwang ein Unteroffizier einen Soldaten, stundenlang mit gefalteten Händen auf- und niederzutreten. Als ihm die Kräfte versagten, zwang er ihn mit der Weisheit, dem Befehl zu folgen. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Königs-Grenadier-Regiment Nr. 7 in Liegnitz wurde Soldaten von Gefreiten befohlen, im Hemb sich ans Fenster zu setzen und einen gewissen hier nicht näher zu bezeichnenden Körperteil eine Zeitlang zum Fenster hinauszuhalten. (Hört, hört!) Ein Rekrut wurde gezwungen, den Inhalt eines Spucknapfes auszutrinken. (Lebhaftes Hört, hört! und Wutrufe. Unruhe rechts.) Ja, das ist bei der Kriegsgerichtsverhandlung zur Sprache gekommen. Die Soldatenkinder haben sechs Monate Gefängnis bekommen. Bei einem Infanterieregiment wurde einem Sergeanten nachgewiesen, daß er Rekruten schwer mißhandelt, sie täglich vier- bis fünfmal geohrfeigt, einen Soldaten mit der Säbelschneide geschlagen hatte, daß er besinnungslos vom Geyerplatz getragen wurde. Das Gericht hat acht Fälle als erwiesen angesehen und hat den Mann zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt. (Hört, hört! bei den Soz.) In Danau wurde beim 8. Infanterieregiment ein Mann gezwungen, 80mal eine Übung zu machen. Er hatte dann von Mitte Oktober bis 1. Dezember zwanzig hysterische Krampfanfälle bekommen. Das Urteil lautete auf drei Wochen gelinden Arrest. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Auch Offiziere lassen sich mitunter schwere Beschimpfungen und Mißhandlungen zuschulden kommen. So nannte ein Hauptmann Wob seine Leute fortgesetzt „Ihr Himmelhunde“, „Du dummes Tränentier“. Wenn er besonders über Laune war, hielt er mit seinem Pferd Zwiesgespräche: „Sieh, sieh Dir einmal diese Affengesichter an.“ (Hört, hört!) Einer seiner Sergeanten nahm sich das zum Wut. „Du Hurenjunge“ war bei ihm ständige Redensart. Unser Blatt in Waldenburg brachte die Sache zur Sprache. Der Hauptmann wurde zu 4 Wochen Stubenarrest verurteilt. Als unser Blatt in Bochum schwere Beschimpfungen der Soldaten des Infanterieregiments 16 durch einen Leutnant veröffentlichte, wurde nicht Anklage gegen den Leutnant, sondern gegen den Redakteur erhoben. Aber der Redakteur wurde freigesprochen, weil alle Behauptungen sich als wahr erwiesen. Der Bataillonskommandeur hat vor Gericht in-

geben müssen, daß er dem Offizier gefaßt habe: Schleien Sie mir die Hande. (Hört, hört!) Beim Infanterieregiment 62 in Braunschweig sind Soldatenmißhandlungen im größten Umfange und von geradezu ungeheurer Brutalität vorgekommen, die zum Selbstmord eines Soldaten führten. Wenn solche Mißhandlungen vorkommen, ist in erster Reihe der Kompaniechef verantwortlich; ebenso ist aber auch der Regimentskommandeur dafür verantwortlich zu machen. Aber der Kommandeur der braunschweigischen Infanterie hat anscheinend keine Zeit, sich darum zu kümmern. Statt dessen hat er dafür gesorgt, daß die Soldaten zur Reibbahn kommandiert wurden, als dort ein Postoffizier unter dem Titel „Das Wesen der Sozialdemokratie“ über die Reibbahn vortrug. In einer Verhandlung wegen Mißhandlungen bei dem Garde du Corps sagte der Verhandlungsführer, weil die Leute sich aus Furcht, es würde noch schlimmer werden, nicht beschwert hatten: „Nun stehen die langen Kerle da und wagen nicht die Wahrheit zu sagen, weil sie fürchten, noch mehr Kerle zu kriegen. Ist es Ihnen als erwachsener Mensch denn gleichgültig, sich schlagen zu lassen, empfinden Sie denn nicht das Ehrlose, das darin liegt?“ Ich frage, empfindet der deutsche Reichstag nicht das Ehrlose, das in diesen Mißhandlungen liegt. Sie alle werden sagen, wir verurteilen es. Aber noch nie sind die Herren von der Rechten mit entschiedener Schärfe gegen die schmachvollen Brutalitäten aufgetreten (Sehr richtig! links.) Beim Offizierspensionsgesetz im Jahre 1906 haben wir beantragt, Offiziere, die sich Soldatenmißhandlungen zuschulden kommen lassen, sollten ohne Pension entlassen werden können. Daß ein Offizier ein Bürgermädchen oder gar ein Arbeitermädchen heiratet, vertritt sich mit seiner Standesehre nicht, wohl aber solche Unmenslichkeiten gegen die Mannschaften. Spaz macht es uns nicht, diese Brutalitäten hier immer wieder zur Sprache zu bringen, aber wir werden es tun, bis sie endgültig verschwinden. Wie legen damit die Armees nicht herab, sondern wirken dahin, daß solche Ungehörlichkeiten nicht mehr vorkommen, und ich erwarte von dem Kriegsminister, daß er im gleichen Sinne energisch einschreite. (Leb. Bravo! links.)

Dr. Blach (Bpt.): Auch ich habe es für verdienstlich, brutale Soldatenmißhandlungen hier vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken. In ihrer Beseitigung würde auch beitragen, wenn die Soldatenhändler nicht geheim, sondern öffentlich abgemerkt würden. (Sehr richtig! links.) — In dem Fall des Amtsrichters Knittel erklärten militärische Instanzen es für unempfindlich mit den Weichen eines Reserveoffiziers, sich vollständig für Zentrum oder Polen zu betätigen. Dieser unerhörte Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Offiziere zeigt, daß die Reserveoffiziere zu Bürgern 2. Klasse degradiert werden. Die Heftigkeit des Kriegsministers dazu, daß bei der Stichwahl zwischen mir und meinem sozialdemokratischen Gegenkandidaten sich zahlreiche Reserveoffiziere der Abstimmung enthielten, also dafür für die Sozialdemokratie eintraten. (Sehr gut! bei den Soz.) — Angesichts der großen Last, die der Wehrbeitrag dem Volke auferlegt, sollten auch die Landesherren auf die große Zahl der nur dem Staat dienenden Adjutanten verzichten. — Die Zurücksetzung der Juden bei der Wahl zum Reserveoffizier vertritt gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit. Man befördert Juden nur, wenn sie sich rühmen lassen: wir wollen aber nicht, daß unter Offizieren eine Rassenkurve gegen das Judentum entsteht. (Hört, und sehr gut! bei den Soz.)

Kriegsminister v. D. erwiderte: In bezug auf die politische Bestimmung von Reserve- und Landwehroffizieren teile ich den Standpunkt meines Vorgängers, daß eine Betätigung innerhalb der staatsbürgerlichen Parteien zulässig, eine für die Sozialdemokratie nicht zulässig ist. Ein Offizier in einem politischen Parteivorstand ist nicht einmündigen Bestrebungen huldig. (Hört, h. d. Soz., Bpt. h. d. Soz.) — Und passive Bestimmung? Das kommt nicht in Betracht. — Über den Fall Knittel kann ich kaum sprechen, da er noch in der Schwebelage ist. Die Überführung eines Reserveoffiziers zur Landwehr darf niemals als Strafe oder Maßregelung hinstellen. Wohl aber ist es möglich, daß ein Reserveoffizier durch politische Bestrebungen zu Wechsellagerungen mit dem Offizierskorps Veranlassung geben kann, und dann dient seine Verlegung zur Sanierung gerade dem Wehrwesen, die Politik aus der Armeefunktion. (Lachen links.) — Wie die verschiedenen Regierungen über die Rekrutierung bezüglich der Adjutanten denken, weiß ich nicht. Ich persönlich habe es für unbillig, die besten Jünglinge, die auf eine so große Hülle von Talenten und Fähigkeiten verpflichtet sind, auch dieses Opfer zu erbringen. (Hört, links.) In gewissem Sinne muß ich die Offiziersausbildung als einmündigen sozialen Schichten zusammenfassen. (Lachen links.) Wer als Reserve- oder Landwehroffizier im Militär dienen will, der muß sich nicht nur in einer Stellung betätigen, die zu dem allerersten Rang führt. (Lachen links.) Schließlich legt sich das Offizierskorps aus einem Standesstande zusammen und der Wehrdienst ist in ihm einmündig betätigt, er unberührt. — Über die Bestimmung des Generals v. Brühlwig bin ich nicht imstande, zu sprechen. In bezug auf den Sinn ist der maßgebend nur die Bestimmung des Reichstages. Die Bestimmung zur Sanitätsdienstleistung ist das was verständig und einmündig ist die Bestimmung der Wehrdienstleistung in der Armeefunktion. Das Offizierskorps ist einmündig anzuwenden, wenn man die Bestimmung der Wehrdienstleistung in der Armeefunktion anzuwenden will. (Lachen links.)

Ein Konzert als politische Versammlung! Auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeiterjugendbildung ist schon überhand gelehrt worden: aber daß eine Jugendfeier, die nur ein Programm lediglich aus geselligen und musikalischen Darbietungen sowie einigen Requisitionen besteht, als politische Versammlung schon vor Beginn der Festlichkeiten erkannt und deshalb „aufgelöst“ wird, weil Jugendliche in einer politischen Versammlung nicht zu suchen haben, diese Veränderung auf dem Gebiete der Jugendbildung dürfte denn doch wohl als Fortschritt angesehen werden. In Oberhausen an Niederrhein hatte der dortige Arbeiterbildungsausschuß zum letzten Sonntag eine solche Feier veranstaltet. Kurz vor Beginn der Festlichkeiten erschien nun der dritthalb Stunden lang bekannte Polizeikommissar Leischnitz noch einem Unterbeamten und verlangte Zutritt zum Saal, da er beauftragt sei, die Versammlung zu überwachen! Natürlich wurde dem „Herrn“ Polizeikommissar plausibel gemacht, daß er in einem Konzert als „überwachender“ nicht zu suchen habe, doch ließ er das nicht an. Er drang einfach mit Gewalt in den Saal und schrie den Anwesenden entgegen: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß hier eine politische Versammlung stattfindet. Ich löse hiermit die Versammlung auf und fordere die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen!“ „Nicht vor alles verbleibe“, dann aber löste sich die Spannung in allgemeines Gelächter auf. Daß der Polizeikommissar nach der Sache hinter ermit, da die Festlichkeiten keine Abende machten, in gehen, schickte er seinen Begleiter nach der nächsten Polizeiwache, und im Nu war ein uniformierter Kommissar mit weiteren 3 Polizeikräften im Saal. Jetzt wurden die Anwesenden von den Beamten hinausgedrängt, und das noch nicht genügend war, so wurde die Festlichkeiten für die Annahme von Festlichkeiten war die Veranstaltung der Kommissar für sein Vorgehen in Bericht zu stellen. Er gab nämlich die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ aus der Tante und bemerkte: „Hier in der Zeitung ist das jetzt öffentlich bekannt gemacht. Durch (C) haben wir das Recht der Überwachung.“

Mum (Wg.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die mit ihren Niederbüchern die Jugend veräufte. Ein Vertagungsantrag der Sozialdemokraten wird angenommen. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Schluß: 6 1/2 Uhr.

### Der Dreiklassenstaat.

Das Dreiklassenwahlrecht ist auf preußischem Junterboden geboren, und dazu kraft der Nichtbeachtung einer klaren Verfassungsbefimmung. Zur Strafe dafür werden auch 1913 wieder so gut wie sämtliche preussische Minister, einschließlich Bethmann-Hollwegs, die das Dreiklassenwahlrecht als höchste Blüte zu verteidigen haben, als Wähler dritter Klasse zum preussischen Plebs gezählt. Wenn sich schon mit solchen Tatsachen das preussische Wahlrecht und seine Verteidiger lächerlich machen, bestehen bleibt die schandbare Ungerechtigkeit, daß 1908 293 000 Wähler der ersten Klasse noch mehr Recht hatten, als 6,3 Millionen Männer der dritten Klasse. Ob Bethmann-Hollweg in der dritten Klasse oder einer anderen wählt, ist für die Entwicklung Preußens absolut gleichgültig und bedeutungslos, daß aber Millionen selbstbewußter Männer in Preußen durch das Wahlrecht als für den Staat weniger wertvoll gerechnet werden, das ist Schmach und Schande. Halten wir uns die Tatsachen immer vor Augen, der Zorn darf nicht nachlassen.

	Es kamen Urwähler in den Jahren	1849	1866	1908
	auf die drei Wahlklassen:			
I. Klasse		153 808	152 808	293 402
II. Klasse		409 945	448 876	1 065 240
III. Klasse		2 691 950	3 034 913	6 324 079
Urwähler		3 255 703	3 636 627	7 682 721

Unter 1000 Einwohnern waren 1849 rund 10 in der ersten, 25 in der zweiten, 167 in der dritten Klasse, zusammen also 202 Personen wahlberechtigt. Für 1908 ergibt sich ein anderes Bild. Bei dieser Wahl waren unter 1000 preussischen Einwohnern zwar 206 wahlberechtigt, also einige mehr als 1849, davon gehörten in die erste Klasse nur noch 8, in die zweite 29, in die dritte dagegen 170!

Am allercharakteristischsten ist aber, daß wir in Preußen im Jahre 1908 zusammen 2214 Urwahlbezirke hatten, wo nur ein Wähler die ganze erste Abteilung ausmachte, also zum mindesten für sich allein einen Wahlmann zu wählen hatte. Erste-Klassiker mit zwei Wahlmännern für sich allein gab es 1703. In der zweiten Abteilung sind immer noch 95 Urwahlbezirke mit einem Wahlmann und 136 mit zwei solchen durch einen Wähler zweiter Klasse zu erfüllen! Von den rund 29 000 preussischen Urwahlbezirken des Jahres 1908 wurden also über 4000 so eigenartig, daß in ihren ersten resp. zweiten Abteilungen überhaupt nur ein Wähler vorhanden war. Mit anderen Worten 4148 Wähler erster und zweiter Klasse wählten 4987 Wahlmänner 667 955 Wähler (Provinz Brandenburg ohne Berlin) dritter Klasse wählten 4 387 Wahlmänner! Dann darf man in Preußen sein, das ist eben nichts, die Hauptsache ist viel Geld, dann wird's möglich, als alleiniger Wähler der ersten Klasse so viel zu entscheiden wie ein ganzer kleiner Ort mit Hunderten von Wählern und Tausenden von Einwohnern. Das ist das preussische Dreiklassenwahlrecht.

### Aus der Partei.

Der dolus eventualis. Die Schweidnitzer Strafkammer verurteilte vor einiger Zeit einige Fortbildungsschüler wegen Beleidigung ihrer Lehrer zu Gefängnisstrafen. Im Wirklichkeit waren aber die Schüler die zuerst Beleidigten. Es waren nämlich junge Leute, die auf offener Straße wegen Raubens von den Lehrern zur Rede gestellt wurden und daraufhin mit diesen in Wortwechsel verieten. An den Gerichtsberichter über die Verhandlung trübte unter Waldenburger Parteiblatt, die „Schweidnitzer Botschafter“, eine Bemerkung, die Verwunderung darüber ausdrückte, daß die Richter das Eingefühl der jungen Leute nicht verstanden, und daß darin ebenfalls eine der Schwächen unserer Justizpflege liege. Wegen dieser harmlosen Notiz wurde von der Waldenburger Strafkammer der verantwortliche Redakteur der „Botschafter“ Gen. Franz zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung wurde zwar angegeben, daß keine direkte Beleidigung vorliege, aber der Angeklagte hätte sich sagen müssen, daß durch eine solche Bemerkung bei den Lehrern die Ansehung gewehrt werden könne, als sollen damit die Richter beleidigt werden. Eine solche Verurteilung auf dem dolus eventualis dürfte noch nicht vorgekommen sein. — Gegen das Urteil in Revision eingelegt worden.

### Aus der Jugendbewegung.

Ein Konzert als politische Versammlung! Auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeiterjugendbildung ist schon überhand gelehrt worden: aber daß eine Jugendfeier, die nur ein Programm lediglich aus geselligen und musikalischen Darbietungen sowie einigen Requisitionen besteht, als politische Versammlung schon vor Beginn der Festlichkeiten erkannt und deshalb „aufgelöst“ wird, weil Jugendliche in einer politischen Versammlung nicht zu suchen haben, diese Veränderung auf dem Gebiete der Jugendbildung dürfte denn doch wohl als Fortschritt angesehen werden. In Oberhausen an Niederrhein hatte der dortige Arbeiterbildungsausschuß zum letzten Sonntag eine solche Feier veranstaltet. Kurz vor Beginn der Festlichkeiten erschien nun der dritthalb Stunden lang bekannte Polizeikommissar Leischnitz noch einem Unterbeamten und verlangte Zutritt zum Saal, da er beauftragt sei, die Versammlung zu überwachen! Natürlich wurde dem „Herrn“ Polizeikommissar plausibel gemacht, daß er in einem Konzert als „überwachender“ nicht zu suchen habe, doch ließ er das nicht an. Er drang einfach mit Gewalt in den Saal und schrie den Anwesenden entgegen: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß hier eine politische Versammlung stattfindet. Ich löse hiermit die Versammlung auf und fordere die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen!“ „Nicht vor alles verbleibe“, dann aber löste sich die Spannung in allgemeines Gelächter auf. Daß der Polizeikommissar nach der Sache hinter ermit, da die Festlichkeiten keine Abende machten, in gehen, schickte er seinen Begleiter nach der nächsten Polizeiwache, und im Nu war ein uniformierter Kommissar mit weiteren 3 Polizeikräften im Saal. Jetzt wurden die Anwesenden von den Beamten hinausgedrängt, und das noch nicht genügend war, so wurde die Festlichkeiten für die Annahme von Festlichkeiten war die Veranstaltung der Kommissar für sein Vorgehen in Bericht zu stellen. Er gab nämlich die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ aus der Tante und bemerkte: „Hier in der Zeitung ist das jetzt öffentlich bekannt gemacht. Durch (C) haben wir das Recht der Überwachung.“

Sätten Sie nur Eintrittskarten oder Einladungsjettel ausgegeben, dann wäre die Sache eine andere.“ Was nämlich der Arbeiterjugendverein nach der Räumung des Saales in der Wirtshaus ein Plebs singen wollte, drohte der rearmierte Polizeikommissar Wüchel den Anwesenden mit folgenden Worten: „Wenn Sie noch singen, dann wird dafür gesorgt werden, daß der Wirt das Militärverbot bekommt.“ Oberhausen ist keine Garnisonstadt, so daß an sich das Militärverbot einen Oberhausener Wirt wenig genieren könnte. Aber zur Charakteristik der Kampfweise gegen die Arbeiterjugend sind solche Drohungen doch bemerkenswert. Natürlich wird aus prinzipiellen und rechtlichen Gründen gegen das Vorgehen dieser Polizeikommissare der Klagenweg beschritten.

### Aus dem Gerichtssaal.

Aus einer frommen Gegend. Daß es mit der Sittlichkeit auf dem Lande oft durchaus nicht so bestellt ist, wie es in der Regel von Junkern und Pfaffen, den notorischen Feinden der Großstadt, dargestellt wird, wenn sie die Verkommenheit in den Städten schildern, ist allgemein bekannt, und auch die „ganz frommen“ Gegenden machen davon keine Ausnahme. Im Gegenteil gelangen gerade dort ab und zu recht eigentümliche Kulturbilder ans Tageslicht. So fand am 9. April vor der Strafkammer Trier ein Bauerarbeiter von der Mosel unter der schweren Anklage der Blutschande. Dieser Angeklagte trieb förmlich von Frömmigkeit. Es kamen Briefe zur Verlesung, die der Angeklagte im Gefängnis geschrieben, die von frommen Pfaffen strotzten. Er wies seine Frau an, daß sie nur ja an jedem Tage mit den Kindern beten sollte und dergleichen mehr. Und was hatte dieser Fromme, der sich nebenbei auch rühmte, dem Arbeiterverein anzugehören, verbrochen? Die eigene Tochter hatte ihn angezeigt, daß er sie geschwängert hatte. Aber anstatt daß dieser Unhold wenigstens ein reumütiges Geständnis abgelegt hätte, leugnete er trotz erdrückenden Beweismaterials seine Schuld, bestrich die Tochter der falschen Anschuldigung, und als sich aus den Akten ergab, daß eine Zeugin, die in dieser Verhandlung nicht zugegen war, in der Voruntersuchung bekundet hatte, daß er auch an einer zweiten Tochter sich vergangen hatte, da leugnete er auch das alles ab. Eine neue Verhandlung wurde angezettelt. Aber auch in dieser blieb er bei seinem Leugnen, ja, er berieth sich sogar darauf, daß er erst vor kurzem gebeichtet hätte! Erst als tatsächlich diese Zeugin unter Eid bekundete, daß der Angeklagte auch an seiner zweiten Tochter und zwar sogar auf öffentlicher Straß ein Sittlichkeitsverbrechen habe begehen wollen, da bequemte er sich zu einem Geständnis. Er wurde daraufhin zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gemildertes Schreckensurteil. Die Strafkammer in Mannheim verhandelte am Mittwoch in zwölfstündiger Sitzung erneut über den Friedrichsfelder Streiktravall. Das erste Urteil erlachte gegen 6 Arbeiter auf zusammen 22 Jahre Gefängnis. Vom Reichsgericht wurde dieses Urteil aufgehoben und die ganze Sache an die Mannheimer Strafkammer zurückverwiesen. Bei dem Zusammenstoß in Friedrichsfelde war ein Hinzugehöriger getötet worden; nachteilige Folgen trug der längst wieder hergestellte Arbeitswillige nicht davon. Von den sechs Angeklagten war nur einer, der Arbeiter Mehl, am Streit beteiligt. Ein streitiger Beweis dafür, wer die Ursache zu dem Zusammenstoß gegeben hatte, konnte auch in der neuerlichen Verhandlung nicht geliefert werden. Der Staatsanwalt beantragte, dieselben Strafen wie in der ersten Verhandlung wieder auszusprechen. Dem traten die vier Verteidiger, darunter Reichstagsabgeordneter Dr. Frank, entschieden entgegen. Das Gericht kam gleichwohl wieder zu ungewohnt schweren Strafen, denn es setzte das Strafmaß lediglich etwas herab: Mehl von 5 Jahren 2 Monaten auf 4 Jahre, bei Sattler von 5 Jahren 2 Monaten auf 3 Jahre 11 Monate, bei Weber von 5 Jahren auf 3 Jahre 8 Monate. Zwei weitere Angeklagte behielten die schon in dem ersten Urteil verhängten 3 Monate Gefängnis, und nur bei dem Angeklagten Heibel wurde die Strafe von 5 Jahren 2 Monaten auf drei Monate Gefängnis ermäßigt. Die ungeheuren Strafen gegen die drei ersten Angeklagten erregten in Mannheim allgemeines Befremden; man hatte auf eine weitestgehende Herabsetzung gerechnet. Vielleicht erklärt sich das Urteil daraus, daß genau die gleichen Richter, die das erste Urteil gefällt hatten, auch in der neuerlichen Verhandlung wieder tätig waren. — Die Schatzmacher streifen nach härteren Strafen bei Streikvergehen. Sie mögen sich beruhigen, die Mannheimer Strafkammer hat ihnen gezeigt: es geht auch so! Mit diesem Urteil vergleiche man das Urteil des Landgerichts in Nahe; das Gericht verurteilte einen Fabrikanten, der einen harmlosen Arbeiter, den er für einen Streikposten hielt, erschossen hat, zu drei Monaten Gefängnis.

Todesurteil. Das Schwurgericht Karlsruhe verurteilte den 19jährigen Weidenmacher Kleile aus Brühlgen, der am 14. Januar in Forstheim die 10jährige Volksschülerin Minna Steib ermordet hatte, wegen Mordes zu 10 Jahre und wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 3 Jahren Zuchthaus.

### Aus Nah und Fern.

Zum Schülerelbstmord in Charlottenburg veröffentlicht der „Vorwärts“ Mitteilungen, die das jetzt aus der Haft entlassene Dienstmädchen Heinrich gemacht hat. Mit welcher Rücksichtslosigkeit und mit wie großem Raffinement der Privatdetektiv Schwarz „gearbeitet“ hat (für 10 Mk. pro Tag), geht aus folgendem hervor: Die Heinrich erzählte, wie Schwarz sich auf hinterlistige Weise das Vertrauen ihrer Familie erschlichen und dann die Verlobung eingegangen sei. Sie fährt dann fort: „Eines Abends erzählte Schwarz mir, er habe von einem Freunde einen Brief erhalten, in dem dieser ihm mitteilte, daß ihm von der Familie Niemann der Verdacht geäußert sei, ich sei an der Ermordung des Gymnasialisten Niemann beteiligt. Ich sollte ihm doch die Wahrheit sagen, zwischen Verlobten dürfe es kein Geheimnis geben. Ich ersuchte ihn den wahren Sachverhalt und blieb dabei, daß ich nicht wisse, ob jemand und wer den jungen Mann ermordet habe. Schwarz drang immer wieder darauf hin, daß ich es wisse und es ihm sagen müsse. Bei der Unterhaltung war es schließlich 3 Uhr nachts geworden. Ich ging nicht nach Hause, sondern gab seinem Drängen, bei ihm zu bleiben, nach. Er sagte, daß ich das ruhig tun könne, da wir ja doch in nächster Zeit verheiratet sein würden. Am nächsten Tage leste er das Gespräch über den angeblichen Mord fort. Er drang sehr in mich, ich müßte ihm jetzt sagen, wer der Täter sei, und drohte mir schließlich damit, daß er, falls ich es nicht sagte, die Verlobung aufheben und die Aufhebung in der Zeitung bekannt machen würde. Da ich davor Angst hatte und befürchtete, er würde tatsächlich seine Drohung in die Tat umsetzen, erfand ich die Geschichte von dem angeblichen Mörder Schulz, der den jungen Niemann nach einem Streit ermordet haben sollte. Ich gab an, daß der Schulz in der Berliner Straße wohnte. Nun diktierte mir Schwarz einen Brief an Schulz, den ich, obgleich die Adresse ja falsch war, nicht zurückgab. Den Brief hat Schwarz erhalten und als Beweismaterial, wie ich jetzt



Sabe durch Zufall einen großen  
Posten **Schweine** gekauft.  
**Nur diese Woche!!**  
Pfd. 75 und 80 Pfg.  
**Paul Boldt,**  
Schlachtere und Würstmacherei  
mit elektrischem Betrieb.  
Wahlstraße 22. Fernnr. 2133.

**Kopfleisch** (3188)  
**Leberwurst**  
**Brotwurst**  
**Snackwurst**  
**Heinr. Viereck,** Süßstraße 96.

**Plakate**

Verordnung des Medizinal-  
amts vom 11. Juli 1910  
bezüglich Feilhalten von Nah-  
rungs- und Genussmitteln  
sind zum Preise von 30 Pfg.  
per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**

**Hans Köppen**  
Goldschmied  
und Graveur  
**Lübeck**  
1 Sandstraße 1.

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
**Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.**  
Johannisstraße 46.

Drei Sparmittel für jeden Haushalt:  
**Lorbeerkrone**  
Hervorragendste, unübertroffene, buttermilde Sahnen-Margarine.  
**Siegerin**  
Allerfeinste Süßrahm-Margarine in Geschmack der Molkereibutter am nächsten.  
**Palmato**  
Pflanzenbutter-Margarine,  
von größter Butterähnlichkeit und feinstem Nußgeschmack.  
Ergiebig, wohlschmeckend und bekömmlich. Ueberall erhältlich.  
Alleinige Fabrikanten: A. E. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

**Gr. Posten verzinkte Waren**  
enorm billig.

Waschkessel mit Sieb und Deckel	550	500	450	400	350	295	Ascheimer mit Deckel, verzinkt . . . . .	275	225
Waschkessel mit Rohr . . . . .	600	550	500	450	400	350	Ascheimer lackiert, starke Ware . . . . .	225	180
Wannen . . . . .	235	195	150	120	100	85	Waschruffel . . . . .	140	125
Wassereimer . . . . .	135	115	100	85	70	60	Wäschekörbe . . . . .	250	225
							Plätteisen . . . . .	320	290

**Riesen-Bazar**

Rabattmarken. Pietro Cagna. (3202) Breite Straße 33.

**Visiten-Karten**

empfehl die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

**Chorverein Lübeck.**

**Lieder-Abend**

am Donnerstag, dem 24. April 1913,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Unter gütiger Mitwirkung der Herren Kollwitz  
(lyrischer Tenor) und Dr. Hartzem (Klavier)  
vom hies. Stadttheater sowie Herrn Becker.  
(Dirigent: Herr Robert Sulanke.)

**PROGRAMM:** 3192

- I. Teil
- Männergesang:**  
a) Dem Lenz entgegen . . . . . Uthmann.  
b) Schüferstündchen (mit Tenor-Solo) . . . . . Eyles.
- Lieder für Tenor-Solo (Herr Kollwitz):**  
a) Wanderlied . . . . . Schumann.  
b) Der Lenz . . . . . Hilde.
- II. Teil
- Männergesang (Volkslieder):**  
a) Haideröslin . . . . . Werner.  
b) Ach Eislain . . . . . Kunz.  
c) Hüte Dich . . . . . Girschner.
- Solo für Englisches Horn (Herr Becker):**  
a) Wiegenlied . . . . . Geist.  
b) Andante pastorale f . . . . . Geist.
- Pause.
- III. Teil
- Männergesang:**  
a) Traum der Liebe . . . . . Hermes.  
b) Wenn sich zwei Herzen scheiden (Text von E. Geibel) . . . . . Mendelssohn-Bartholdy.
- Solo für Tenor (Herr Kollwitz):**  
Arie aus der Oper Martha (Ach so fromm) . . . . . Flotow.
- IV. Teil
- Männergesang:**  
Ford Folson . . . . . Uthmann.
- Solo für Oboe (Herr Becker):**  
Capriccio . . . . . Winter.
- Schluslied:**  
Wanderlied . . . . . Rothe.
- Anfang 3 1/2 Uhr. Eintritt a Person 25 Pfg.  
Karten sind zu haben bei Friedrich Lender, Huxstraße, Carl Wittfoot, Huxstraße und im „Gewerkschaftshaus“.  
Nach-Plätze aus dem Magazin von P. W. Kaibel, Lübeck, Breite Straße 33.  
Mitgliedskarten sind vorzuzzeigen. . . . . Raucher verboten.  
Der Vorstand.

**Herren-  
Damen-  
u. Kinder-  
Garderoben**

in reichhaltiger Auswahl  
:: und allen Preislagen ::

auch auf

**Teilzahlung  
Raten.**

in kleinen wöchentlichen oder monatlichen

**Siegfried Ittmann,**  
Breite Strasse 33, 1. Etage.

3200



Empfehle mein großes Lager in  
**Fahrrädern und Nähmaschinen**

zu äußerst billigen Preisen. (3183)

**Schläuche und Mäntel in jeder Preislage.**

Sämtliche Reparaturen an Fahrrädern und Näh-  
maschinen werden gut und billig ausgeführt.

**Th. Vedder, Friedenstraße 1.**

**Sozialdemokr. Verein Seereetz.**

**General-Versammlung**

am Sonnabend, d. 19. April  
abends 8 Uhr  
bei Herrn E. Wendt.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
(3191) Der Vorstand.

**Achtung!**

**Braunbierbrauereiarbeiter.**

**Versammlung**

für alle in den Braunbier-  
brauereien beschäft. Personen  
am Sonntag, 20. April  
präzise 3 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:

Unser Tarifvertrag und die  
Einhaltung desselben.  
Verschiedenes.

Alle Kollegen müssen erscheinen,  
feiner darf fehlen. Unorganisierte  
mitbringen. (3185)  
Der Vorstand.

**Ortskrankenkasse  
in Lübeck.**

Ordentliche

**General-Versammlung**

der Vertreter

Sonnabend, den 26. April  
abends 8 1/2 Uhr

in Kempfers Gesellschaftshaus  
(Bürgerverein), Königsstr. 25.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Rechnungs-  
ablage.
  2. Bericht des Rechnungsprüfungs-  
ausschusses, Abnahme der  
Jahresrechnung und Entlastung  
des Vorstandes.
  3. Ergänzungswahlen zum Vor-  
stande.
  4. Beamtenerat.
  5. Sonstige Angelegenheiten.
- Die **Erstämänner** der General-  
versammlungsdirektoren können der  
Versammlung als Zuhörer be-  
wohnen.

Lübeck, den 9. April 1913.  
(3186) Der Vorstand.

**„Guthof Klein-Mühlen“.**

Sonntag, den 20. April:  
**Ball des Vereins „Frohsinn“.**  
Anfang 7 Uhr. Mitglieder frei.  
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.  
Dazu ladet freudl. ein (3182) Otto Evers.

**Kalberg's Variété.**

3172 Neues Programm.  
**Heitere Künstler-Abende.**  
**Entree 20 Pfg.**

**Neues Stadttheater.**

Freitag, den 18. April 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.  
177. Bst. i. B.-Bl. 29. Bst. i. Freitag-Bl.  
**Fräulein Direktor.**  
Luftspiel von H. Fr. Evers und  
D. Metterhausen. Schauspielpreise.  
Sonnabend, den 19. April 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
178. Bst. i. B.-Bl. 16. Bst. i. Sonnab.-Bl.  
**Der Schmuck der Madonna.**

Gr. Oper von Wolf-Ferrari.  
Opernpreise. (3187)  
Sonntag, den 20. April 1913.

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 6 Uhr.  
Volks-B. z. Einheitspr. v. 75 Pfg. pr. Bl.  
**Die lustigen Weiber v. Windsor.**  
Kom.phant. Oper v. Otto Nicolai.  
Abends 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.  
179. Bst. i. B.-Bl. Bonn. Mittelpreise.  
Neuheit! Neuheit!

**Große Rosinen.**

Gr. Gesangs-p. v. Bernauer. Schanzer  
Müll von Bredschneider und Kollo.  
Die Verlosung der Blöße zur Nach-  
mittags-Borst. findet heute u. morgen  
von 8-9 Uhr abends an der Theater-  
kasse statt.  
In Vorbereitung: „Der Wider-  
spenigen Zählung“. Oper v. Greg.

## Ein Majestätsbeleidigungsprozess.

Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers hatte sich am Mittwoch Genosse Wittrich von der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Die Beleidigung soll in einer Notiz über die Rede Wilhelm II. in der Landwirtschaftlichen Gesellschaft enthalten sein. Wilhelm II. hatte bekanntlich von seinen Erfolgen in der Landwirtschaft durch Einführung von Bettkuser Roggen u. a., sowie von dem Hinauswurf seines Pächters gesprochen. Anfangs schien sich kein Mensch um die harmlose Notiz gekümmert zu haben, bis es den Bündlern auf ihrer Zusammenkunft im Zirkus Busch einfiel, sie zu denunzieren. Mit einem entrückten „Pui“ und mit dem diesen Kreisen sehr vertrauten „Schweinehund“ wurde die Bekanntgabe der Notiz in der Bündlerversammlung begleitet. Konjunktive Organe riefen nach dem Staatsanwalt und den Gerichten und drohten mit Androhung der Gefängnisstrafe, wenn die Gerichte in diesem Fall verjagen sollten. Bald darauf ging dann auch dem Genossen Wittrich als Verantwortlichen der „Volksstimme“ die Anklagefrist der Frankfurter Staatsanwaltschaft zu.

Vorsitzender der Strafkammer war Landgerichtsdirektor Helmreich, der erst vor kurzem von Hanau nach Frankfurt a. M. versetzt worden ist. Er hat den Ruf eines Richters, der gegen Prekmenschen sehr scharf vorgeht. Als Schöffengericht in einem kleinen Landstädtchen bei Frankfurt a. M. verurteilte er einen Redakteur der „Kleinen Presse“ in Frankfurt a. M. wegen Beleidigung eines Privatmannes zu drei Monaten Gefängnis, welches Urteil die Strafkammer dann auf eine Geldstrafe ermäßigte. Genosse Zander von der Frankfurter „Volksstimme“ erhielt unter dem Vorsitz Helmreichs einmal drei Monate, nachdem die Vorinstanz nur auf eine Geldstrafe erkannt hatte. Die Verteidigung des Genossen Wittrich führte Genosse Wolfgang Hein.

Zu dem amtierenden Staatsanwalt hatten sich auch der Erste Staatsanwalt am Landgericht und der Oberstaatsanwalt vom Oberlandesgericht gestellt; die Justiz hatte also ihren großen Tag. Die Staatsanwaltschaft schenkte aber die Öffentlichkeit und ihr Vertreter beantragte, die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung auszuschließen. Es bestünde die Möglichkeit, daß auf frühere Reden Wilhelm II. zurückgegriffen werde, die beweisen sollen, daß Wilhelm II. früher mit der Möglichkeit eines Bürgerkrieges gerechnet habe und daß über die persönlichen Eigenschaften des Kaisers, über sein Wirken und seine Erfolge gesprochen werde. Da der Kaiser augenblicklich vor den Toren Frankfurts weile, sei es doppelt geboten, keine Erregung in die Massen zu tragen.

Der Verteidiger, Genosse Heine, widersprach dem Staatsanwalt. Die Öffentlichkeit sei nicht nur zum Schutz des Angeklagten von der Gesetzgebung vorgeschrieben, sondern auch im Interesse der Justiz. Diese solle sich durch die Öffentlichkeit das Vertrauen erwerben, dessen sie bedürfe. Auch sonst liege kein Grund vor, vom Prinzip der Öffentlichkeit abzuweichen. Es werde in der Verhandlung nichts vorgetragen werden, was nicht allgemein bekannt sei. Für die öffentliche Ordnung könne unter keinen Umständen eine Gefahr entstehen. — Nach sehr langer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen werde. Ein Antrag des Verteidigers, wenigstens den Vertretern der Presse das Verbleiben im Saal zu gestatten, wurde ebenfalls abgelehnt, nachdem der Staatsanwalt erklärt hatte, daß gerade die Presse durch den Ausschluß getroffen werden soll.

Der Staatsanwalt hatte am Schluß der Verhandlung 6 Monate Gefängnis beantragt, das Gericht erkannte auf vier Monate. — In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Artikel beginne zwar mit Ausführungen, die noch nicht beleidigend seien, wenn sie auch die Achtung vernichten lassen, die das Staatsoberhaupt beanspruchen kann. Beleidigend

sei der Schluß, in dem gesagt wurde, daß der Kaiser, wenn ihm ein Verunsinnfall wie seinem portugiesischen Kollegen passiere, als Landwirt Nützliches leisten könne. Es sei etwas anderes, wenn ein Monarch nach einem mißglückten Attentat von einem Verunsinnfall spreche, als wenn das ein Dritter in bezug auf den Monarchen tue. Hierin liege ein Spott, der im vorliegenden Falle durch den Vergleich mit dem jugendlichen König von Portugal, der von seinem Volke in ziemlich ruhmloser Weise verjagt worden sei, noch vergrößert werde. Dieser Vergleich und die Bemerkung, daß sich der Kaiser nach einem solchen Unfall als nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft erweisen könne, sei ehrenverlesend, denn aus ihr folge, daß der Kaiser jetzt kein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft sei. Die Absicht der Beleidigung ergebe sich aus dem Inhalt, die Böswilligkeit aus der Form des Artikels, die beabsichtigt habe, dem Kaiser dem Spott der Zeitungsleser preiszugeben. Für Zubilligung mildernder Umstände sei kein Anlaß geboten und auf Festsetzung zu erkennen, sei nicht angebracht. Über das Mindestmaß von zwei Monaten sei das Gericht wegen der Schwere der Beleidigung hinausgegangen. Dem Antrage des Staatsanwalts auf sechs Monate Gefängnis habe es jedoch nicht folgen können, weil dem Angeklagten zugute zu halten sei, daß die Rede des Kaisers das politische Gebiet gestreift und zur Kritik Anderdenker Anlaß gegeben habe. Die Kritik des Angeklagten sei aber über das zulässige Maß weit hinausgegangen.

## Gewerkschaftsbewegung.

Von den örtlichen Tarifverhandlungen im Zimmergewerbe liegen bis jetzt die Ergebnisse vor aus 8191 Orten mit 47 680 Zimmerern, von denen 38 024 Verbandsmitglieder sind. Da an der diesjährigen Tarifbewegung 12 943 Orte mit 75 117 Zimmerern (darunter 57 144 Verbandsmitglieder) beteiligt sind, fehlen mithin noch die Ergebnisse für 4752 Orte mit 28 037 Zimmerern, von denen 19 123 dem Zentralverbande angehören. Die Angebote der Unternehmer bewegen sich im wesentlichen in dem gleichen Rahmen, wie die bereits in der vorigen Woche mitgeteilten. Die Vermutung, daß den örtlichen Organisationen der Unternehmer durch Beschlüsse ihrer Bezirksverbände die Grenzen der Angebote genau vorgeschrieben sind, hat sich im weiteren Verlaufe der Verhandlungen bestätigt. Nur wenige Gebiete sind davon ausgenommen. Auf den entschiedensten Widerstand stößt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit. Nur vereinzelte sind Zugeständnisse gemacht worden. So ist für Roggen die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt, dort wurde bisher noch elf Stunden gearbeitet. Für Christburg, Lauenburg i. Pom., Riesenburg und Sagard auf Rügen soll die zehnstündige Arbeitszeit durch die zehnstündige abgelöst werden. Für Amberg und Ingolstadt verkürzt sich die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und für Bargtheide, Emden und Plauen i. B. von zehn auf neun Stunden. In Bargtheide soll die neunstündige Arbeitszeit am 1. April 1914 eintreten, in Plauen am 1. April 1915 und in Emden am 1. Oktober 1915. Für eine große Anzahl Orte halten die Unternehmer mit jeglichem Angebote zurück. So ist für die folgenden Orte nicht das geringste Zugeständnis gemacht worden: Anklam, Caltrop, Celle, Krefeld, Kreuzburg, Dortmund, Essen, Cutin, Flottbeck, Frankenthal, Freising, Friedrichsdorf, Geesthacht, Halberstadt, Hameln, Heidelberg, Kaiserslautern, Landslut, Lübbau, Ludwigshafen, Mannheim, Marne, Meldorf, Neufelwisch, Nörz, Müdenberg, Münder-Gröbden, Neuhaldensleben, Oberhausen, Oldenburg, Pörschheim, Reinbeck, Schleiz, Schwartau, Schwarzenhof, Senftenberg, Spremberg, Springe, Elbgen, Stendel, Wedel und Wilhelmshaven. Die Lohnangebote sind sehr verschieden. 1 Pfg. für die dreijährige Vertragsdauer haben zugestanden: Brandis, Burg a. Fehmarn, Burg i. Dithmarschen, Czarnikau,

Egestorf, Guben, Heide, Beer i. Ostfriesland, Mölln, Neuzelle, Fürstberg, Peine und Sonneberg. In zwei von diesen Orten soll der eine Pfennig im zweiten, in vier Orten gar erst im dritten Jahre gezahlt werden. 2 Pfg. für die Vertragsdauer sind bewilligt worden in Ahrensburg, Beuthen (Bezirk Liegnitz), Ekenach, Eisleben, Frankfurt a. O., Freggan, Glogau, Göttha, Grünberg i. Schl., Holzhausen-Pyrmont, Kolmar i. Posen, Latowitz, Neufalk, Nienburg a. W., Nordberney, Queblinburg, Sagan, Salungen, Spottau, Suhl, Trier, Uetersen und Wernigerode. In 17 von diesen Orten verteilten sich die 2 Pfg. auf das zweite und dritte Vertragsjahr, es tritt mithin im ersten Jahre eine Lohnerhöhung nicht ein. Auf 3 Pfg. für die Vertragsdauer lautet das Zugeständnis für Annaberg, Aue, Bergedorf, Bergen-Garz a. Rügen, Bitterfeld, Bollenhain, Bramstedt, Braunschweig, Burg b. Magdeburg, Deltitzsch, Eilenburg, Elmshorn, Garstedt, Habersleben, Heidenheim, Hujum, Lauenburg a. E., Liegnitz, Meiningen, Neustadt i. Holst., Osterleben, Pinneberg, Plön, Rendsburg, Salzwedel, Schlefth, Schlawe, Sonderburg, Tangermünde, Tübingen, Walsrode und Wanzleben. In 22 Orten verteilten sich die 3 Pfg. so, daß auf jedes Jahr 1 Pfg. entfällt. 4 Pfennig sind angeboten für Ahrensböh, Altrahsfeld, Apenrade, Augsburg, Elmshorn, Greiz, Hohenalza, Hübnerkirchen, Ingolstadt, Kolberg, Martenwerder, Norden, Nordhausen, Poppel, Osterburg, Penig, Rönneburg, Sagard, Sahnitz a. Rügen, Schmölln, Schneidemühl, Stolz, Stralsburg i. Est., Tondern und Wistler. In 10 von diesen Orten sollen in diesem Jahre 2 Pfg. fallen, in den übrigen tritt sofort eine Erhöhung um 1 Pfg. ein und verteilten sich die restlichen 3 Pfg. auf die letzten beiden Vertragsjahre. Geringer ist schon die Zahl der Orte, für die das Angebot auf 5 Pfg. lautet: Altenburg, Brake, Krimmitschau, Cullsee, Deutsch-Czflau, Graubenz, Heilbronn, Köslin, Löbau, Meerane, Neugersdorf, Oberrennersdorf, Riesenburg, Ruppertsdorf, Schwarzenberg, Staffort, Thorn und Werbau. Auch für diese Orte verteilten sich die 5 Pfg. auf die ganze Vertragsdauer. Nur in zwei Orten ist für dieses Jahr eine Erhöhung um 3 resp. 4 Pfg. vorgesehen, in allen übrigen 1 resp. 2 Pfg. 6 Pfg. verteilt auf drei Jahre, betragen die Angebote für Amberg, Aurich, Kulin, Emden, Falkenstein, Glauchau, Langensfeld, Marienburg, Reichendach i. W., Rogasen, Schwarzenburg, Treuen, Ulm, Westerland und Zittau. 7 Pfg. sind angeboten in Bargtheide, Bernburg, Elbing und Zwickau. 8 Pfg. in Klingenthal, Lauenburg i. Pom., Plauen i. B. und Trittau. Am Schluß dieser Woche sollen die örtlichen Verhandlungen beendet sein.

Lohnbewegungen im Sattlergewerbe. In einer Gummireifen-Zentrale und Gleitschuhfabrik in Braunschweig, die von Ärzten unterhalten wird, die Kraftwagen besitzen, wurden die denkbar niedrigsten Löhne gezahlt. Der Verband der Sattler und Portefeuerler leitete in Gemeinschaft mit dem der Fabrikarbeiter eine Lohnbewegung ein, die ohne Streik den Arbeitern eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2 Mark pro Woche brachte. Der bisher übliche Mindestlohn von 30 Pfg. wurde sofort auf 38 Pfg. erhöht, nach vierwöchiger Beschäftigungsdauer auf 40 Pfg., nach weiteren 4 Wochen auf 42 Pfg.; Arbeiter, die den Mindestlohn erhalten, bekamen eine Zulage von 2 bis 6 Pfg. die Stunde. — Die Lohnbewegung der Reiseartikelarbeiter in Hannover nimmt einen günstigen Verlauf. Die bedeutendsten Firmen haben den Arbeitern bedeutsame Zugeständnisse gemacht. — Der Berliner Militär-Sattler-Tarif ist nun auch in den Spandauer Betrieben eingeführt und von den Unternehmern durch protokolllarische Erklärung vor dem Gewerbeamt anerkannt. Dieser Vorgang ist insofern von Bedeutung, als vor zwei Jahren die Sattler der Firma Bilpel die Einführung dieses Tarifes trotz 10wöchigen Streiks nicht erreichten, da die Behörden dem Fabrikanten die Lieferungsfristen verlängerten.

## Anna.

Roman von Th. Mügge.

(21. Fortsetzung.)  
Was wollen Sie? fragte er im festen Tone.  
Ich sollte denken, erwiderte der andere, daß wir uns früher schon gesehen hätten.  
Gesehen? Wo?  
In einer Nacht, wo es schlimmer herging als heute, rief der Mann roh auslachend. — Weinen Sie nicht, Herr?  
Jetzt kenne ich Euch, sagte Wilberg. — Sanders, heißt Ihr nicht so?  
Ja wohl, Herr! Sanders, mit Gottes Hilfe.  
Und wo ist der Kapitän, wo seine Tochter? Ihr bringt mir Nachricht; wo sind sie?  
Ich weiß es nicht, nicht ein Wort.  
Nicht? — Gut, aber deswegen seid Ihr hier?  
Der Schmuggler streckte seine Hand aus und legte sie auf Wilbergs Arm.  
Hätten Sie still, Herr, ich tue Ihnen nichts, sagte er dabei. Ich habe nur versprochen, zu sehen, ob Sie der rechte sind, weiter geht mich der Handel nichts an.  
Welcher Handel? Was soll das? fragte der junge Mann.  
Hier kommt der, den Sie fragen müssen!  
Zwei Herren näherten sich soeben. — Ich glaube, sagte der Vorderste, die Frage ist überflüssig. Sie kennen mich?  
Herr von Baden! sagte Wilberg bestrahlt.  
Und dieser Herr wird Ihnen nicht weniger bekannt sein.  
Es ist der Freund meines unglücklichen Vaters, der Major von Griefffeld. — Sie überzeugen sich?  
Vollkommen.  
Ich denke, Herr Doktor Wilberg, daß Sie in diesem Augenblicke auch eben so vollkommen unterrichtet sind, um was es sich handelt, und daß Sie uns erlauben, mit Ihnen in Ihre Wohnung zu treten, um uns eine Unterredung zu gewähren.  
Mit Vergnügen. Ich bin dazu bereit.  
Schlechtes Vergnügen! brummte der Onkel Tobias.  
Sanders, sagte Baden, Du bleibst hier im Flur und erwartest uns. — Gib her.  
Der Schmuggler reichte ihm ein flaches, poliertes Kästchen. Wilberg öffnete die Tür. Wenn es Ihnen gefällig ist, sagte er.

VIII.  
Ungefähr eine halbe Stunde vor dieser Begebenheit war Herr Frese von seiner Ressource nach Haus gewandert und hatte höchst verdrießlich den Weg zurückgelegt. Er hatte heute seine Frau Nachbarin nicht gesehen, alle seine Neuigkeiten waren bei ihm geblieben. Er hatte die schönsten Bescheiden ausgehoben, sich eine ganze Erzählung zurecht gemacht, in der es von den Damen, Räubern und Abenteuern wimmelte, aber es wollte sie ihm niemand abnehmen. — Als er an das Haus gelangte, blieb er unter den Fenstern der Frau Nachbarin stehen und lauschte und forschte, ob er nicht die Spur eines Lichtes entdecken könnte; er überzeugte sich jedoch, daß es finster darin sei, und zornig stieß er seinen Stoß auf das Pflaster und sagte ingrimmig: Es ist wahrhaftig schade, daß ich eine so tiefe Inversion vor allem Heiraten habe. Wäre das nicht, ich heiratete diese Wittib. Wir wollen sehen, wer es am längsten ausbittelt. Ich wollte ihr die Gesellschaft abgewöhnen durch meine angenehme Gesellschaft, durch meine Unterhaltung, die sie so ergötzlich findet. Ah! was muß es interesselhaft sein, eine angenehme Frau zu haben und einen angenehmen Sohn dazu, die man alle Tage erheitern und erfreuen kann. Nun morgen, morgen! fuhr er boshaft lachend fort, indem er den Schlüssel ins Schloß steckte; aber indem er die Tür öffnete, erstarrte ihm der Ton im Munde, denn dicht an ihm hin drängte sich eine verschleierte Dame ins Haus, ehe er Zeit gehabt hätte, ihr den Eingang zu verwehren.  
Madame! Fräulein! Mademoiselle! schrie Herr Frese, als er wieder Atem hatte; so hören Sie doch! Was fällt Ihnen ein? Wen suchen Sie in der Nacht? — Die Dame stand still und jagte mit leiser, süßer Stimme: Es ist allerdings auffallend, daß ich so spät in dies Haus trete, allein ich habe einen Auftrag an Herrn Wilberg, der nicht bis morgen warten kann.  
Einen dringenden Auftrag? — Herr Frese musterte die Dame von Kopf zu Fuß. Sie war ganz schwarz gekleidet und ohne Zweifel dieselbe, die er heute früh schon gesehen. Hier unten, sagte er, wohnt die Frau Geheimrätin, wenn Sie zu der wollen.  
Ich habe bei der Frau Geheimrätin nichts zu tun, erwiderte sie.  
Aha! rief Herr Frese, also nur bei dem jungen Herrn.  
Nur bei ihm. Das finden Sie wahrscheinlich seltsam?  
O! nicht im geringsten, ich finde es sogar ganz in der Ordnung; aber die Frau Geheimrätin möchte es leicht anders finden.  
Das glaube ich auch, sagte die schwarze Dame, und der alte Herr hörte deutlich, wie sie unter dem Schleier lachte. Sie waren beide inzwischen die Treppe hinaufgestiegen. Die Flurlampe brannte trübe; Herr Frese bemühte sich vergebens, etwas vom Gesicht der Unbekannten zu sehen.  
Wo wohnen Sie? fragte diese plötzlich.

Ich? sagte der alte Herr erstaunt; hier wohne ich. Das ganze Stadtwerk habe ich gemietet, nur die beiden Zimmer dort im Korridor hat der Herr Doktor inne.  
Die Dame öffnete die Glastüre, und neugierig folgte Herr Frese nach.  
Ich habe es gleich gedacht, er ist nicht zu Haus! rief er triumphierend.  
Er muß zu Haus sein, erwiderte die Unbekannte, stürzte klopfend.  
Er muß? ah! — Er weiß also daß Sie kommen?  
Gewiß, er weiß es.  
Das ist somit ein bestelltes Zusammentreffen. Allerliebste! marmelte Herr Frese; wart, du sollst mir nicht entkommen. Fort kommst du nicht wieder, schwarze Dame, und sollte ich dich mit Gewalt festhalten mit Polizei und Wache und endlich meine liebe Nachbarin und den sauberen Sohn holen. — Aber List hilft mehr als Gewalt, und wer steht mir dafür, daß dieses Frauenzimmer, die fed und verschlagen wie ein kleiner Teufel zu sein scheint, nicht einen Dolch oder doch ein Messer bei sich führt? Also höflich und artig, Frese! Mit Artigkeiten erreicht man alles.  
Diese Betrachtungen stellten sich bei dem alten Herrn ein, während er mit der Unbekannten vor der Zimmertür stand, wo sie von Zeit zu Zeit immer von neuem anklopfte.  
Kein, er ist nicht zu Haus, sagte er endlich; aber er muß kommen, es wird gewiß nicht lange dauern.  
Er kann unmöglich falsch verstanden haben, marmelte die Dame halbblau.  
Er kommt auf jeden Fall! rief Herr Frese. Es ist ein außerordentlicher junger Mann.  
Sie loben ihn? fragte die Unbekannte.  
Aus Grund meines Herzens! beteuerte der alte Herr.  
Ich habe nie einen so exemplarisch moralischen Menschen kennen gelernt; alle Tage bringt er neue Beweise dafür. Sie werden mir das gedenken.  
Ich habe es nie untersucht, sagte sie.  
Aha! rief der alte Herr, in seiner gewöhnlichen Art grinsend. Sie bekümmern sich um dergleichen nicht, ich will es glauben. Aber es ist kalt und zugig hier, kein Aufenthalt für eine schöne junge Dame. Ich mache Ihnen den Vorschlag, ein wenig bei mir einzutreten und den säumigen jungen Herrn zu erwarten.  
Herr Frese erwartete eine Ablehnung und war darauf gefaßt, seinen Ton zu ändern. Er pumpte sich die Brust voll Luft, um mit möglichster Gewalt, wenn Bitten nichts halfen, einen fürchterlichen Schrei auszustoßen. Die Dame betrachtete ihn einen Augenblick im Scheine des Mondes, der hell durch das große Glasfenster in den Korridor fiel, und der alte Herr konnte sich eines leisen Zitterns nicht erwehren. Die finstere Gestalt der Unbekannten stand vor ihm wie eine mitternächtliche Erscheinung; das tiefe Schweigen machte ihn entsetzlich bange.

**Zur Aussperrung im Malergewerbe.** Nach einer bekannten Methode rufen jetzt die durch die letzten Verhandlungen wirklich nicht gerechtfertigter als vorher bestehende Echarmacher „Haltet den Dieb!“ hinter den Gehilfenorganisationen her, um diesen die Schuld an dem Scheitern der unparteilichen Verhandlungen in die Schuhe zu schieben. Sie behaupten in einem offiziellen Aufruf des Unternehmerverbandes lähn und fest, der Arbeitgeberverband habe dreimal 90 Mk. pro Jahr = 270 Mk. geboten. In Wirklichkeit sind es nur 75 Mk. Lohnzulage jährlich, vorausgesetzt, daß ein Gehilfe das ganze Jahr Arbeit hat, was nur bei 75 Proz. der Malergehilfen der Fall ist. Es wird aber noch verschwiegen, daß auch der Lohnausgleich für die durch Schiedsspruch festgesetzten Arbeitszeitverkürzungen abgelehnt wurde. — Um diese sonderbare Manipulation einigermaßen glaubhaft zu machen, wird ein wichtiger Teil einer offiziellen Erklärung der Gehilfenvertreter einfach unterschlagen und dann erklärt: „Die Gehilfenvertreter haben die gebotene Friedenshand und selbst den letzten Vorschlag der Unparteilichen brüskt zurückgewiesen.“ Demgegenüber muß festgestellt werden, daß auch die Unternehmervertreter den Vorschlag der Unparteilichen zurückgewiesen haben, oder sollten sie ihr Angebot nicht ernst gemeint und damit gerechnet haben, daß ihnen die Gehilfenvertreter die Schiedssprüche abdrängen werden? Wenn man zwischen den Zeilen ihrer jetzigen Erklärungen liest, so gewinnt man den Eindruck, daß sie damit rechnen und glauben, nach einigen Zeren sich auf die Schiedssprüche zurückziehen zu können. Wollten sie das, so hätten sie etwas offenerherziger sein müssen: vielleicht hätte sich dann schon eher eine Basis der Verständigung finden lassen. Den Gehilfen war es mit ihrem Vorschlag die Schiedssprüche als Minimum zu betrachten, durchaus ernst. Daher ist es ein starkes Stück, den Gehilfen die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen zuzuschreiben, wenn sie das demütigende Angebot des Unternehmerverbandes, nach fünfjährigem Kampfe unter die Schiedssprüche herunterzugehen, oder sie unverändert jetzt noch anzuerkennen, nicht akzeptieren konnten. Sächlichen Ermägungen kann also das nicht gerade männlich anmutende Bemühen der erst so forsch drauflos gehenden und jetzt so geübten Herren Unternehmerführer nicht standhalten.

Interessant ist, wie die Lieferanten der Farbenbranche, die man befreundlich mit in den Dienst der Aussperrung zwingen möchte, über die jetzige Situation denken. So schreibt die „Zeitschrift „Farbe und Lack“:

„Die Kriegskosten dieser Aussperrung wird unter allen Umständen unsere Branche zahlen müssen. Nicht nur, daß ihr Auftrag verloren gehen, der Hauptnachteil wird darin liegen, daß die Zahlungen noch langwieriger geleistet werden. Vor uns liegt schon heute ein ganzer Stog von Briefen, die uns von unseren Freunden eingeliefert wurden, und in denen Matermeister erklären, wofolge des Streiks könnten sie ihren Verpflichtungen leider erst später nachkommen.“ Sie alle weinen!

Man lebt nun vorläufig von dem Gelde der Lieferanten, und wenn es wieder Arbeit gibt, schimpft man diese guten Leute schwindler und Wälcher und kauft bei der Genossenchaft — wirklich ein Spiel, wie es widerwärtiger und empfindlicher gar nicht gedacht werden kann!

Und die Farbenzeitung, die den Matermeistern Solidarität zugesagt hatte, aber dafür jetzt nicht paratieren kann, schreibt:

„Die Wirkungen des langen Kampfes machen sich im Farbenmarkt bereits geltend, die Abnehmer rufen die bestellte Ware nicht ab, beim selben mit neuen Behelfen als Ersatz. Weshalb ist natürlich mit Schwierigkeiten in den Zahlungen zu rechnen, und die ohnehin schon überhöhten Zahlungen werden in vielen Fällen überhaupt noch nicht geleistet werden müssen.“

Aber nicht nur den Lieferanten, sondern auch den Unternehmern die Verhältnisse genau waren, den Bedingungen der Zerschlagung zu folgen, wird es immer unbequamer zu werden. Sie sind erlaucht, daß der auf's Korn genommene Zweimillionenfund des Verbandes der Maler doch nicht alle zu werden können. Schon daran allein sehen sie recht deutlich, daß die von der Gehilfenorganisation mitgeteilten Zahlen über den Umfang der Aussperrung doch stimmen müssen und danach die des Unternehmerverbandes ausgemacht werden muß. In dem Maße, wie diese Einsicht wächst, laufen beim Verband der Maler die Anerkennung seiner Sonderrechte ein.

**Steinarbeiter-Aussperrung.** In dem Reichsteicher Bajalt-Steinbrüche in Aersdorf bei Kassel wurden auf Veranlassung

des Bruchmeisters 63 Steinbrucharbeiter ausgesperrt. Der Grund zu der Aussperrung ist die Organisationszugehörigkeit der Leute zum Steinarbeiterverbande. Alle Versuche des Verbandsvertreter Genossen Staudinger die Angelegenheit im guten beizulegen, scheiterten an der Halsstarrigkeit des Unternehmers, der sich mit den Maßnahmen seines Bruchmeisters vollständig einverstanden erklärt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Folgen des Christlichen Terrorismus am Niederrhein.** Der christliche Terrorismus im Kampfe der Färber der Seidenindustrie in Krefeld hat einen christlich organisierten Färber namens Karl P. in den Tod getrieben. P. war einer jener christlich organisierten Färber, die es mit ihrer Arbeiterlehre nicht vereinbaren konnten, Streikbruch zu begehen. Trotz einer 14jährigen Zugehörigkeit zum christlichen Textilarbeiter-Verband weigerte sich dieser, dem alten Manne weiter Streikunterstützung zu zahlen. P. konnte es nicht über sich gewinnen, aus seiner Organisation, die ihm infolge langjähriger Zugehörigkeit ans Herz gewachsen war, auszutreten oder Streikunterstützung bei dem deutschen Textilarbeiter-Verband in Anspruch zu nehmen. Die Unternehmer und die christlichen Führer bearbeiteten den Mann. Da es in der Familie an Brot fehlte, drängte seine Frau zur Arbeit. Am Montag, dem 14. April vormittags, äußerte P. zu Streikenden: „Was soll ich nun tun? Hineingehen will ich nicht. Unterstützung bekomme ich auch nicht mehr. Ueberleben mag ich nicht und meine Frau drängt mich, Streikbrecher zu werden. Ich gehe jetzt hin, hänge mich auf oder gehe in den Rhein.“ Einen anderen Ausweg fand der Mann aus seinem Gewissenkonflikt nicht. Am demselben Tage abends wurde P. von einem Hasenarbeiter als Leiche aus dem Rhein gezogen.

**Generalstreik der Damenschneider und Damenschneiderinnen in Liverpool.** In Liverpool haben die Damenschneider und Damenschneiderinnen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

### Soziales.

**Eine Gegen gründung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen die „Volksfürsorge“.** Ein vertrauliches, vom 31. März 1913 datiertes Schreiben des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes an einen großen Teil seiner früheren Mitglieder ist uns zugegangen. In diesem Rundschreiben werden folgende Fragen an die Mitglieder gerichtet: Schließt sich der Verband wie andere nicht sozialdemokratische Gewerkschaften der deutschen Volkswirtschaft als Abteilung an? oder: Steht er sich wie die Sozialdemokratie auf eigene Füße? Befügt er die Kräfte und die Mittel dazu? Um den Mitgliedern die eigene Volksversicherung schmackhaft zu machen, und sie zur Zeichnung von Aktien in Höhe von 1000 Mark zu animieren, malt das Rundschreiben das Versicherungsgeld in diesen Farben: „Die Erwerbsgesellschaften, die jetzt Volksversicherung betreiben, vor allen die (jüdische) „Victoria“ und die (jüdische) „Friedrich Wilhelm“ haben diesen Versicherungszweig bei den Arbeitern in starken Mißtrauen gebracht durch die Art ihres Geschäftsbetriebes, den damit verbundenen Verfall von Versicherungen und die riesigen Gewinne, die sich daraus für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ergeben. Hier steht die Sozialdemokratie ein. Sie hat eine Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ mit einer voll eingezahlten Million Aktienkapital gegründet. 4500 Vermittler sollen schon bereit stehen. Unzählige Millionen an Reserven kann die Gesellschaft in die Hand bekommen, die jetzt schon riesige wirtschaftliche Macht der Sozialdemokratie wird ins Auge faßt und sich mit den Großbanken messen über verbindend. Die Partei des Unfortwaches wird sich immer mehr zu einem Staat im Staate auswachen und das Staatsgefüge, das auch uns Handlungsgehilfen den Raum zum Erwerbs- und Kulturleben sichert, untergraben.“ Der D. H. V., der den Sozialdemokraten das Einfallstor in neue Kreise verarmen will, wie er so großmütig schreibt, hat, wenn er seinen Plan ausführen will, nach den Vorberhandlungen mit dem Aufsichtsrat für Privatversicherung eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 500000 Mark zu gründen. Davon sind 25 % bar einzuzahlen; auf eine Aktie von 1000 Mark also 250 Mark. Daneben wird ein Organisationsfond von etwa 25000 Mark gefordert. Das Aufsichtsrat verlangt ferner, daß der Verband selbst nicht mehr als den vierten Teil der Aktien übernimmt. Freiwillige Mitarbeiter glaubt der Verband in seinen etwa 3500 Obmannern für die verschiedenen Zweige der Verbandstätigkeit zu finden. Es hängt jetzt nur noch an

Geld, deshalb wird in dem Rundschreiben angefragt, wer sich verpflichtet, eine 1000-Mark-Aktie zu zeichnen, und ob im Bedarfsfälle auch nur 500 Mark (immer bei 25 % Barzahlung) gezahlt werden. Das Mitglied soll sich ferner verpflichten, so lange es Aktionär ist, Verbandsmitglied zu bleiben, oder bei Ausscheiden seine Aktie nur an ein Verbandsmitglied zu verkaufen. Daß der Handlungsgehilfenverband vom deutschnationalen Couleur keine Einladung zum Beitritt und zur Altienzeichnung für das Versicherungsunternehmen mit bößhaften Angriffen gegen die Sozialdemokratie spricht, ist bei dem Charakter dieses Verbandes selbstverständlich. Wenn der in Aussicht gestellte Vorteil nicht zieht, dann soll der fanatische Haß gegen die Sozialdemokratie und gegen die Klassenbewußte Arbeiterchaft bei den Deutschnationalen keine Wirkung üben. Es ist anzunehmen, daß weder auf die eine noch auf die andere Weise genügend Begeisterung für das Versicherungsunternehmen zusammenzubringen ist.

### Allerlei Wissenswertes.

**Künstliches Fleisch.** Nach einer Mitteilung, die wir dem bekannten Familienblatt „Das Buch für Alle“ entnehmen, ist es dem belgischen Chemiker Effront gelungen, aus pflanzlichen Stoffen einen an Geschmack und Nährwert angeblich gleichwertigen Ersatz für Rind-, Kalb-, Hammel- oder Schweinefleisch herzustellen. Der Ausgangsstoff ist dabei ein billiger Brauereierfasser, nämlich Malz. Das Malz wird gewaschen und gepreßt, dann in ein Schwefelsäurebad gebracht und hierauf mit Kalk behandelt. Das Gemisch wird gefiltert, das Wasser abgedampft, hierauf werden die Rückstände wieder gepreßt und dann mit verschiedenen Chemikalien, die Effront geheim hält, behandelt. Das Endergebnis soll eine fleischartige Masse sein, die wirklich wie Fleisch schmecken, dabei aber erheblich billiger sein soll. Das Biandin, so nennt der Erfinder das Präparat, soll vom Körper noch besser assimiliert werden als echtes Fleisch. Man hat dem Erfinder zufolge an Menschen, die sich mit dem künstlichen ernährt haben, gute Erfahrungen gemacht, und besonders auch im Tierversuch den hohen Nährwert des Kunstfleisches bewiesen. Es wurden mit diesem Kunstfleisch Fütterungsversuche an Ratten gemacht. Sechs der Versuchsratten erhielten täglich 5 Gramm Kunstfleisch und ein paar Getreidekörner, während sechs Kontrollratten täglich 12 Gramm wirkliches Fleisch und ebensoviel Getreide erhielten wie die anderen. Das Ergebnis war, daß nach einer Woche die Ratten, die wirkliches Fleisch bekommen hatten verhungert waren, während die mit Kunstfleisch ernährten Ratten sich bei bestem Wohlsein befanden.

### Literarisches.

Die „Neue Musik-Zeitung“ veröffentlicht in ihrem Heft 11 des 31. Jahrgangs einen sehr interessanten Aufsatz von Saint-Saens über den verstorbenen französischen Komponisten Massenet, in dem Saint-Saens für die „Heiterkeit“ der Musik seines Freundes im Gegensatz zur „Tiefe“ eintritt. Bemerkenswert ist auch ein Artikel „Ein Gang zu den Quellen der Sprache“ von M. Koch; eine köstliche Satire „Enrique di Zhemän“ (Beethoven-Spieler) von Otto Reitel. Paul Marjor steuert einen italienischen Brief bei. Heft 12 bringt ein neues interessantes Bild von Richard Strauß als Kunstbeilage, weiter einen sehr lehrwerten Artikel „Publikum werde hart!“ von Honold, der sich mit dem Gegenstandhandel befaßt. Aus Heft 13 erwähnen wir einen Aufsatz über Brailles Notenschrift für Blinde, der uns mit einem wunderbar erdachten System bekannt macht. Alle drei vorliegenden Hefte bringen außerdem eine Fülle aktuellen Stoffes, Berichte, Musikalienbesprechungen, biographische Skizzen mit Bildern usw. Auch die Musikbeilagen sind für den häuslichen Bedarf mit Sorgfalt ausgewählt. Probeheft der beliebtesten Zeitschrift versendet kostenlos der Verlag von Carl Grüniger in Stuttgart.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: F. H. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Darf ich hoffen, daß Sie mein Anerbieten nicht zurückweisen? sagte er so läch er konnte.

Ich bin bereit, da Sie es wünschen, erwiderte sie, und dem alten Herrn kam es vor, als läche sie dazu. Diese unerwartete Willfährigkeit machte ihn heftig. Allerlei Gedanken kamen über ihn; es konnte ein verheirateter Mann sein! — Aber er hatte nicht Zeit, diesen Eingebungen Raum zu lassen. Die Dame schritt voran, und Herr Freje folgte. Er hatte keine andere Hilfe im Hause als seine alte Dienerin, die lange schlief, und unter die Wangen und den halb tauben Hausknecht der Gehilfenorganisation um aber der Fremden Achtung oder Furcht einzuflößen, hielt er es für ratsam, mehr zu fügen, als gut war.

Wenn Sie gefälligst herein, sagte er, die Lampe brennt, mein Bekannter ist ein junger eifriger Fische, der von meinem alten Johann gut angelernt wird. Aber ich bin so ein alter arthritischer Deutscher, ich quäle meine Leute nie mit unnützen Gedanken.

Sie haben zwei Diener für Ihre alte Person? erwiderte die Fremde, indem sie in das kleine Vorzimmer trat, in welchem die Haushälterin wartete.

Ich habe noch eine Haushälterin und ein Küchenmädchen, sagte Herr Freje, indem er ein Licht an der Lampe anzündete; ferner sind außer im Hause der Bediente des Herrn Doktors und die Dienstchaft der Frau Scheinmutter. Es ist dies ein wohlbesetztes, lehrreiches Haus. Ein eifriger Ruf rief ihn, ein helles Geräusch rief ihn an, er sah den Tag und Nacht auf die Straße zu bringen.

So, sagte er, die Fremde mit dem Lichte betrachtend, jetzt bitte ich Sie näher zu treten. Hier ist mein Wohnzimmer, nicht wahr? Ich habe meine Leute. Wir müssen etwas feste sprechen, wenn es Ihnen beliebt.

Sie brauchen das ganze Stodwerk? fragte die Dame.  
Von vorn bis hinten, erwiderte er.  
Wohin was er Sie mit so vielen Kammern, wenn Sie hier in diesem engen Gemach wohnen, schlafen und leben?

Das ist so meine Frau, sagte der alte Herr. Ich gehe aus einem Zimmer in das andere schlafen.

Und diese verheirateten die jährlich eine Goldkammer, die Sie mit schillerndem Schmuck schmücken, wenn Sie stielche der Fremde schloßen ließen.

Herr Freje, sagte Herr Freje, zum Teil beunruhigt von dem alten Herrn, er empfing ihn zum Teil verwundert, daß es der alte Herr nicht anders ja — aber ich bin man einmal als Haushälterin geboren. Tugend können mich freilich erheben, ich er lerne gelernt, das heißt zu lernen die, wenn ich nicht lernen will. Im übrigen lebe ich still und ruhig, wie ein guter Bürger es ist, ich lebe keinen unnützen

Memiden und lasse mir höchstens des Morgens von meiner alten Susanne erzählen, was draußen passiert.

Die Dame hatte sich in den großen Lehnhuhl gesetzt, der am Dien stand; ein Tischchen schied sie von ihrem Wirt, der das Licht darauf gesetzt hatte und aus dem abgehenden Sessel, auf dem er sich niedergelassen hatte, sie neugierig und besahnt betrachtete. — Das flackernde Licht warf einen matten Glanz auf die verdunkelten Tapeten. In den Ecken im Hintergrund hingen ein paar ungeheure Schränke, dazwischen ein Sofa mit verflochtenem Überzug, am Fenster ein Schreibtisch und hinter diesem ein mächtiger Kasten von Eisen.

Es gefällt Ihnen wohl nicht besonders hier? fragte Herr Freje lachend. Nun, wenn es auf blankes Tafelwerk, Sammettapeten und Goldkleiden antommt, so besige ich die auch. Sehen Sie dort hinein, in die Vorderzimmer, sie sind wie neu; aber es ist nicht so behaglich, darum wohne ich hier.

Das ist wohl Ihr Geldkasten? sagte die Fremde, auf den Kasten deutend.

Geldkasten? Warum nicht gar! rief der alte Herr. — Geld habe ich nie im Hause. — Wäsche, alte Bücher, Schriften liegen darin.

Sie sind ein Geizhals, erwiderte die Dame, Sie haben es selbst bekannt, und Geizige trennen sich nie von ihrem Kammern.

Herr Freje legte die Hände auf den Tisch und stützte sein langes Kinn auf die Daumen. — Machen Sie keinen Spaß, Mademoiselle, sagte er, Sie können das nicht wissen.

Ich weiß mehr, als Sie denken, erwiderte die Dame. — Wir sind beide allein in diesem Hause, niemand sieht und hört uns, kein Mensch ahnt, daß ich meine Hand auf diesen Geldkasten lege.

Was wollen Sie damit sagen? rief Herr Freje zurückprallend, denn die kleine Hand der Fremden führte einen Schlag auf den Deckel der Kiste, die sie erreichen konnte, daß das Eisen kleng.

Ich will sagen, fuhr die Dame fort, daß es nicht vorzüglich von Ihnen war, einen Fremden abends spät heimlich in Ihre einsame Wohnung zu führen.

Eine lebenswichtige junge Dame! lachte der alte Herr mit angeblühem Gesicht, o, wer würde das nicht gerne tun!

Wären Sie denn so gewiß, daß ich lebenswichtig und jung bin? fragte die Fremde spöttisch.

Ich weißte durchaus nicht daran, nein! ich bin davon überzeugt.

Wenn ich aber keine Dame wäre! fuhr sie fort, indem sie sich langsam aufrichtete.

Herr Freje sah Hart, die Hände ausgebreitet, als wolle er den Schwel verläschen, aber er wagte es nicht.

Wer sollten Sie denn sonst sein? stotterte er.  
Ich weiß es selbst nicht, rief die Dame mit tiefer Stimme. Aber wer sagt Ihnen, daß ich unter diesem Mantel nicht Waffen verbergen habe — ein breites, scharfes Messer?  
Ha! schrie der alte Herr entsetzt, denn er sah, wie sie die Hand unter den Mantel steckte.

Um Sie abzuschlachten! rief die Dame aufspringend; aber in dem Augenblick brach sie in ein schallendes Gelächter aus und schlug ihre kleinen Hände zusammen. Ich glaube wahrhaftig, Sie haben sich geirrt, sagte sie, noch immer lachend. Seh' ich denn aus wie ein Räuber?

Ich weiß ja nicht, wie Sie aussehen, erwiderte Herr Freje neuen Mut schöpfend, aber das weiß ich, daß es mir sehr angenehm sein würde, wenn Sie endlich mir Ihr Angesicht vergönnen wollten.

Die Dame löste das Band am Hut, und plötzlich sah der alte Herr in Annas übermütiges und schelmisches Gesicht.

Ein Ausdruck stummen Erstaunens, der einem Erschrecken gleich kam, drückte sich in seinen Zügen aus. Er heugte sich vor, um sie besser zu betrachten, und griff nach dem Licht, das in seiner Hand zitterte.

Nun! rief die Dame, nicht wahr, ich jage Ihnen kein Entsetzen mehr ein?

Nein, nein! erwiderte er, aber — nennen Sie mir Ihren Namen.

Den werde ich verschweigen, wenigstens bis auf ein anderemal. — Sie sehen mich noch immer erstaunt an, als suchten Sie etwas in meinen Zügen. Vielleicht ist es eine Erinnerung? Haben Sie eine Tochter, die mir gleicht?

Ich habe keine Kinder, erwiderte der alte Herr. — Ich war nie verheiratet, sagte er hastiger hinzu.

Und Sie haben immer so allein und freudlos gelebt?  
Freudlos! jagte der alte Herr. Warum freudlos? Meinen Sie, weil ich allein lebe? Da lebe ich ja in steten Hoffnungen.

Anna sah ihn ernsthaft an. Was haben Sie noch zu hoffen! sagte sie. Ja freudlos, ganz freudlos muß solch' Leben sein, ohne ein Wejen, das man liebt, ohne ein Herz, dem man vertraut, ohne eine Seele, die man versteht und von ihr verstanden wird.

Haha! schrie Herr Freje, Sie sprechen beinahe wie meine Frau Nachbarin.

Sie tun mir leid, fiel Anna ein, denn Sie scheinen sich selbst um Ihr Leben betrogen zu haben.  
Sie sind ein kleiner Professor, erwiderte er boshaft, und könnten Vorlesungen über das Glück des Lebens halten.

(Fortsetzung folgt.)

# Die vorzüglichen Präparate

**Liebig's**

Backpulver  
Puddingpulver  
Vanillinzucker

der ältesten Fabrik Deutschlands sind  
leider viel nachgeahmt worden, haben  
aber immer noch die größte Anerken-  
nung gefunden. Wer eine gute Qua-  
lität bevorzugt, verlange immer nur:

**Liebig's**

Crempulver  
Rote Grütze  
Saucenpulver

(2308)

Sonnabend und Sonntag geben wir auf Jedes Pfund unserer  
echt holstein. **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfd. 90 Pfg.  
**1 groß. Korinthenbrot gratis.**  
Diese Annonce gilt für 5 Bons unter bekannten Bedingungen.  
Aller-  
feinste **Meierei-Tafelbutter** Pfund 1.25 Mk  
3 Stück **20-er Frische Landeier** 10 Stck. 65-  
Holsteinisches Butterhaus, Königstraße 48a nahe bei  
Atmer.

 **Fahrad- und  
Nähmasch.-Rep.-Werkst.**  
Alle Fabrikate werden sachgemäß u.  
billig ausgeführt unter prompter Be-  
dienung. Email, Vernick. bill. u. gut.  
63) Carl Heynert, Lübeck,  
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.  
**Leere Farbetonnen**  
vorrätig.  
Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

Wackst. gemischt . . . Pfd. 40- Pflanzen Pfd. 25, 30, 35 u. 48- Mingäpfel, weiße . . . Pfd. 40- Büchse . . . Pfd. 40- Aprikosen . . . . . 60- Saure Kirichen . . . . . 60- Wiesbeeren . . . . . 70- Sagebutten . . . . . 66- Nüssen ohne Steine . . . 48- Nüssen mit Steinen . . . 44- Koriinthen . . . . . 35- Birnen o. Schalen . . . 40- Kaliforn. Birnen . . . . 41-	Meiereibutter . . . . . Pfd. 130- Margarine Pfd. 60, 70 u. 75- Weißes Schmalz . . . Pfd. 70- 10 Eier . . . . . 60- Gr. Salzkruten, 2 Stück 15- Magd. Sauersehl . . . Pfd. 5- Zwiebeln . . . . . Pfd. 5- Schweizerkäse . . . . . Pfd. 88- Holländer Käse . . . . . Pfd. 88- Tilsiter Käse Pfd. 40, 60, 80- Sollsteiner Käse . . . . . Pfd. 33- Gem. Marmelade 5 . . . 140- Preißelb. 10 Pf. 330, 5 Pf. 180-
---	--

**Eduard Speck,**  
Hühnstraße 80 und 82. (3201)

**Gustav Jäde, Lübeck** Holstenstraße 1  
Fernspr. 761  
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung,  
Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen,  
Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daun, Teppiche  
Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf-  
u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche,  
Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpf-  
Handschuhe, Schlupse etc.  
**Aussteuer-Artikel.**

**Praktischer Wegweiser**  
Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter • Zur Beachtung  
empfohlen • Geschäfte •

Kenner bevorzugen  
**das gute Lübecker  
Bürgerbräu**  
Aktienbierbrauerei Lübeck

**Alumin.-Geschirr**  
Billigste Bezugsquelle  
für Öfen, Herde, Gaskocher,  
Grüdstöven  
**Adolf Borgfeldt**  
Fernruf 672 Mühlstr. 31-49

**Brot-Fabrik**  
Lübecker Central-Brotfabrik  
**Rich. Spangenberg**  
Lindenstr. 20-22. Fernruf 166  
„Juweibrot“  
weiblichweiches Krait- u. Körner  
Backwaren jeglicher Art.

**Kaufhaus Siegfried Wilmann**  
Breite Str. 39, 1. Etage  
Einzel-Möbel  
sowie kompl.  
Wohn.-Einrichtg.  
Herren-, Damen- u.  
Kinder-Konfektion  
Arbeiter-Garderb.  
Manufaktur-Waren  
Wäsche, Teppiche,  
Kinderwagen etc.  
**Auf Teilzahlung**  
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

**Möbelmagazin**  
**Herrn. Rist** Hande-  
Str. 13  
billigste Bezugsquelle  
Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

**Eutin**  
**Deutsches Haus**  
Kiekerstr. 7  
hat sich Vereinen u. Touristen  
bestens empfohlen.  
Paul Schröder.

**Arbeiter-Artik.  
Manufakturw.**  
**Otto Albers**  
Markt 4 Kohlmarkt 10  
Viel benutzte Bezugsquelle für  
Manufakturwaren und  
Garderoben aller Art

**Pflanzen-  
Butter**  
Delikates Eigelb-  
Pflanzenbutter  
Edel Margarine  
**„Heimchen“**  
das Pfund 80 Pfg.  
Otto H. C. Voigt  
Johannisstraße 22

**Garten-  
Sämereien**  
**Friedrich Michael**  
Breitestraße 49

**Lederwaren u.  
Reiseartikel**  
**J. H. Busson**  
Sattler, Sandstr. 8

**Musikinstrum.**  
**Meyer & Eggert**  
Königsstraße 116.

**Ludw. Grandt**  
Tischlerei und Möbelmagazin  
**Schuhwarenhaus R. Bandt**  
beste Bezugsquelle in Arbeiter-  
schuhen sow. auch best. Schuhwar

**Arbeiter- und  
Berufskleidg.**  
**J. H. Pein**  
am Markt  
Herren- und Knaben-  
Garderobe,  
Berufskleidung,  
Hüte und Mützen.

**Cigarrenhdlg.**  
**Elisabeth Sühr**  
Untertrave 20.  
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.  
H. Müller  
Holstenstraße  
42

**Herrenartikel**  
**Heinrich Waller** Breite  
Str. 60.  
Spez.-Geschäft in Handschuhen  
u. Krawatten, Herren-Wäsche.

**Portemonnaies  
Lederwaren  
Brieftaschen  
Ränzel  
Schultaschen  
Rucksäcke**  
**E. Teuteberg** Untertrave 60. Sohlen  
aussemit. Schuhmacher

**Öfen und Herde**  
**F. STEEN**  
Wohnstraße 58  
Irdenes Gebrauchsgeräth

**Mölin**  
**Otto Greve**  
Gastwirtschaft und Destillatör.  
**Wilh. Lübcke**  
Restaurant Lübecker Hof  
Klub- und Balllokal. Kegelsahn.

**Bäckereien**  
**Nicolaus Groth** Posa. (Zw. Bäcker)  
Alstr. 32.  
**P. Johannsen** Konditorei  
Fleischb. (Bäckerstr. 3)

**Eisenwaren  
u. Werkzeuge**  
**G. Kagel & Co.**  
Sandstr. 18 Tel. 307

**Kolonialwaren  
u. Kaffeeröst.**  
**Fritz Kruse**  
Inhaber: Paul W. Pöttger  
Schüsselbuden 32  
**Kaffee**  
in sämtlichen Preislagen.

**Reit- und Fahr-Artikel**  
**Wilh. Kreuzfeldt**  
Lederhandlung, sämtl. Schuhartikel  
Fischergrube 23  
**E. Teuteberg** Untertrave 60. Sohlen  
aussemit. Schuhmacher

**Photographien**  
**Samson & Co.**  
Breitestraße 39.  
Erstes Atelier mit  
- billigen Preisen -  
Amateur Bedarfsartikel.

**Rud. Hübener,** Uhren u.  
Goldwar.  
**Ludw. Kuhn,** Herr- u. Damen.  
Mützen, Pelzwar.  
**Chr. Voss & Sohn,** Schuhwaren u.  
Repar.-Wkst.

**Brauereien**  
**Trinkt**  
**Adler-Biere**

**Fleisch- und  
Wurstwaren**  
**Ch. Hamann**  
Schlachtere  
Markt 7 Kohlmarkt 4  
Telephon 8923

**Kinotheater**  
**Metropol-  
Theater**  
Nur Breitestr., beim Rathause  
Täglich ununterbrochen Vor-  
stellung von 4-11 Uhr.  
Jeden Sonnabend u. Mittwoch  
neues Programm.  
Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

**Mineralwasser  
u. Spirituosen**  
**J. C. Wessel**  
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 709

**Tapeten**  
**Fritz Rehm**  
Beckergrube 20.

**Schlutup**  
**Otto Liebenow**  
Uhren, Goldwaren, Musikwerke  
- Eigene Reparaturwerkstätte -

**h. Lück**  
Brauerei zur  
Walkmühle

**Herm. Miljes**  
Schüsselbuden Nr. 30  
**Herm. Spangenberg**  
Fabrikfeiner Fleisch- u. Wurstwaren  
Schwarzwasser-Allee 52

**Lichtspiele**  
**Neues  
Lichtspiel-Theater**  
Breitestr. 19 neben Hansa-Café  
Größtes, am besten ventilirtes  
u. der Neuzeit entsprechendes  
Lichtspiel-Etablissement.

**Variangen Sie**  
**Bunteküh-Kümmel**  
Dr. Hückell Spezialfabr. mar. alkoh. Pfeffer  
Getränk. Tel. 1009.

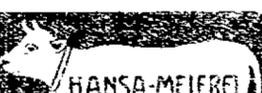
**Trattorien u.  
Sattlerwaren**  
**H. Köpcke & Eggert's**  
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr  
Reise-utensilien, Schuhapp.  
Taschen, Portemonnaies etc.  
Hühnstraße 29.

**W. Richter**  
Uhren u. Goldwaren  
nebst eigener Reparaturwerkstätte  
**Gaschütz, Post** H. Vetter  
Empfehlungsw. Lokal  
**Hugo Kroghmann** Photographische  
Atelier  
**Ad. Sabarowski** Verkehrslokal  
d. Gewerkschaft

**Trinkt**  
**Lübecker  
Vereins-  
Bräu**

**Gesundheits-  
Brot**  
Verlangt  
**Simonsbrot**  
Vollkornbrot a. reinem Roggen  
Mehlschleuder und 2-Trockenkeim  
- ärztlich empfohlen! -  
Erhältlich in 24-Nach. -Lagen.

**Theater**  
Besucht das  
**Variété International**  
Untertrave 63

**Meierei**  
  
**HANSA-MEIEREI**  
Lübeck's Amme  
Milch u. Milchprodukte  
in anerkannt bester Qualität

**Thüringer  
Wurstfabrik**  
Ihre Fabrikate empfiehlt  
angenehmlichst die  
Thüringer Wurst- und Fleisch-  
Konserven-Fabrik  
**August Scheerer, Lübeck**  
Beim Reiteich 14  
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

**Schwartau**  
**Herrn. G. Schmidt**  
Markt 18  
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.

**Trinkt**  
**Kieler Schloßbräu**  
Vertreter  
für Lübeck und Umgegend:  
**Fr. Kropf, Brauerei Oschar**  
Glockenbl.-Ber.-str. 87.

**Glas, Porzellan**  
**ARNOLD  
BERG**  
Breitestrasse 35.

**Theater**  
Besucht das  
**Variété International**  
Untertrave 63

**Milch u. Milchprodukte**  
in anerkannt bester Qualität

**Uhren- und  
Goldwaren**  
 **L. Behnfeldt, Uhrm.**  
Uhrn.-Rep.-Werkst.  
Paffenstraße 4.  
**A. Matern**  
Uhrmacher.  
Schweizer Uhren.  
Beckergrube 26

**Adler-Drogerie** Im Hans-Gramp  
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel  
**Alb. Gleib** Schlachtere  
frei. Fleisch- u. Wurstwar  
**A. Klünder** Schuhwarenhaus  
Markt 17.  
**Rob. Pinkert** Verkehrslokal  
der freien Gewerkschaft.  
**L. Schaap** Manufakturwaren  
Arbeitergarderobe.

# HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

HOLSTENSTR.

ca. 1200

## Kinder-Reform-Schürzen

aus Ia. Gingham mit Falten, Volant, Bordenbesatz und Perlmutter-Knopf-Garnitur

für das Alter von 2—8 Jahren

Regulärer Preis bis 1.65 M.

Extra-Angebot durchweg

95

Ueber 600

## Damen-Blusen-Schürzen

in Leinen-Nachahmung, Ia. Qualität, mit einfarbigen Blenden, gestickten Borden und Knopfgarnierung in gefälliger schöner Machart

Regulärer Preis 1.75 M.

Extra-Angebot

1 25

Ueber 1200 Meter

## Reinwollene Popeline

ca. 110 cm breit

erprobte Strapazier-Qualität

in 30 modernen Saisonfarben

Enorm billiger Reklamepreis

1 65

## Grosse Ladungen frischer Wurstwaren und Holsteiner Landschinken kommen besonders billig zum Verkauf

la. junges Rindfleisch Bratensücke Pfd. 80 <sup>3</sup> u. 90 <sup>3</sup>	Pfd.	75 <sup>3</sup>	Hiesiger Land-Rhabarber . . . 2 Bund	15 <sup>3</sup>
la. junges Schweinefleisch Bratensücke Pfd. 90 <sup>3</sup>	Pfd.	80 <sup>3</sup>	Frischer Spinat . . . . .	Pfd. 30 <sup>3</sup>
la. junges Kalbfleisch Bratensücke Pfd. 80 <sup>3</sup>	Pfd.	65 <sup>3</sup>	Junger Kopfsalat . . . . .	Kopf 10 <sup>3</sup>
la. holst. Landschinken in Stücken von 1, 2 u. 4 Pfd.	Pfd.	1 <sup>35</sup>	Radieschen . . . . .	2 Bund 15 <sup>3</sup>
la. holst. Landmettwurst	Pfd.	1 <sup>50</sup>	Kanarische Bananen . . . . .	10 Stück 58 <sup>3</sup>
la. holst. Land-Eier	10 Stück	68 <sup>3</sup>	Amerikanische Tafeläpfel . . .	Pfd. 25 <sup>3</sup>
Landleberwurst . . . . .	Pfd.	60 <sup>3</sup>	Australische Tafeläpfel . . . .	Pfd. 40 <sup>3</sup>
Blutwurst . Pfd. 60 <sup>3</sup> Sülze . .	Pfd.	80 <sup>3</sup>	Koch-Aepfel . . . . .	Pfd. 12 <sup>3</sup>
Hildesheimer Leberwurst . . .	Pfd.	1 <sup>10</sup>	Koch-Birnen . . . . .	Pfd. 12 <sup>3</sup>
Hambg. gekochte Mettwurst .	Pfd.	1 <sup>10</sup>	Geräucherter Lachs . . . . .	Pfd. 1 <sup>10</sup>
Tilsiter Käse, vollfett . . . . .	Pfd.	90 <sup>3</sup>	Lachs, geräuchert in Scheiben . .	Dose 45 <sup>3</sup>
Emmenthaler Schweizer . . . .	Pfd.	1 <sup>00</sup>	Delikatess-Heringe in Remoulad.-Sauce	85 <sup>3</sup>
Alter Holländer Rahmkäse . . .	Pfd.	1 <sup>00</sup>	Delikatess-Heringe in Wein-, Senf-, Mixed-pickles- u. Champ.-Sauce . . . .	75 <sup>3</sup>
Allerfeinste Meiereibutter . . . .	Pfd.	1 <sup>88</sup>	Kronen-Hummer Scher. u. Schwänz. 1 <sup>70</sup>	95 <sup>3</sup>
			Nordsee-Krabben . . . . . große Dose	80 <sup>3</sup>
			Sardellen . . . . .	Glas 85 <sup>3</sup>
			Delikat.-Anchovis . . . . .	Glas 28 <sup>3</sup>

Ueber 10 000 Dosen Braunschweiger Gemüse- und süddeutsche Frucht-Konserven durchweg hochklassige Qualitäten sind billigst zum Verkauf gestellt.

Muster-Dosen sind zur Ansicht geöffnet.

Va. Carbonade, Nacken, pro Pfd. 95 Pfg. dicke Rippen 80

Va. junges Rindfleisch Pfd. 80<sup>3</sup> ger. Kalbfleisch Pfd. v. 80<sup>3</sup> an ger. Schweinefleisch Pfd. 90<sup>3</sup> gutes weißes Schmalz v. 100<sup>3</sup> an v. 4 Pfd. Pfd. 85<sup>3</sup>

Va. besonders dicke Blumen pr. Pfd. 75<sup>3</sup> Karl Lahrz, vormals Böttcherstr. 14-16.

Spezialität seit über 30 Jahren Kuheuter, per Pfund 85<sup>3</sup> unübertroffen im Geschmack Karl Lahrz, Böttcherstr. 14/16 vorm. M. Lahrz. (3180)

### Samen.

Große Bohnen Pfund 30 Pfg. Mais, Schnabel- u. Krup-Erbisen Pfd. 45 Pfg. Säml. Gemüse-Blumen- u. Feldsaamen sehr billig. Fritz Derlien, Pflanzsch. 107.

In Läden, bei Verkäufern: **Rahmschicht-Käse** pro Stück 30 Pfg. Hansa-Meierei.

Die Arbeitsgarderoben von **Bahr & Umlandt** — Breite Straße 31 —  
 für anerkannt preisw. u. haltbar.  
 Spinnhosen . . 1.40 bis 3.50  
 Hosenhosen . . 2.50 bis 5.50  
 Hauerhosen . . 2.90 bis 7.50  
 Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50  
 Schlofferanzüge 2.80 bis 5.00  
 Klapp- u. Bauhosen in allen Qualitäten.  
 Trotz der billigen Preise rote Labcamarken.

Va. fettes Kalbfleisch 80 u. 85<sup>3</sup>  
 fettes Rindfleisch Pfd. 75 u. 80<sup>3</sup>  
 Bratensücke Pfd. 85 u. 90<sup>3</sup>  
 Schweinefleisch Pfd. 90<sup>3</sup>  
 Hammelfleisch Pfd. 80 u. 90<sup>3</sup>  
 Kalb- u. Schafsch. Pfd. 80 u. 90<sup>3</sup>  
 Rindfleisch Pfd. 70, Schmalz 90<sup>3</sup>  
 Kalbfleisch Pfd. 70, Schmalz 90<sup>3</sup>  
 Schmalz u. Leberwurst Pfd. 90<sup>3</sup>  
 Sülze u. Braunschweiger Pfd. 70<sup>3</sup>  
**Hermann Atmer**  
 Königstraße 46b. (3194)

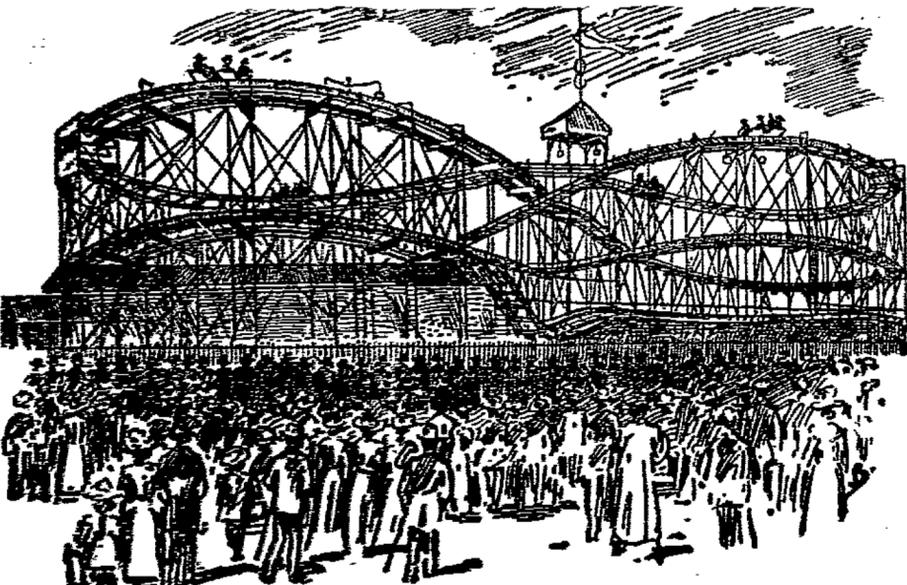
Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel  
 kaufen Sie billig und recht bei  
**Karl Otto Albers** Kohmarkt 4. 10.  
 Bettfedern u. 12.50 Pfd. an, Bettdecken Pfd. 2.50 bis 5.40 Pfd. rote Labcamarken.

Lübeck, Burgfeld.

Weltunternehmen der **Hugo Haase A.-G.** Hannover (früh. Leipzig).

Gr. transportable Vergnügungsbahn der Welt. **Eröffnung** am Sonntag, dem 20. April nachmittags 4 Uhr.

Letzte Neuheit!



Letzte Neuheit!

**Figur 8 Bahn**

Fahrstrecke ca. 1 1/2 km. — 2400 qm bebaute Fläche.  
 Täglich von 4 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends im Betrieb. (3190)

Nur ganz kurze Zeit.

Straßenbahn-Verbindungen nach allen Richtungen.

Straßenbahn-Verbindungen nach allen Richtungen.